

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 22. August 1896.

Inserate die viergespaltene Beilagen- oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Wehnenstraße Nr. 12.

Inhalt: „Der Herr im eigenen Hause.“ — Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie. — Die preussische Fabrikinspektion 1896. — Kommunal-Gewerbebetrieb in der Schweiz. — Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in London. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse pro Juli 1896. — Korrespondenzen. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Korrespondenz: Kalk. — Vermischtes.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Drehern nach **Halle a. d. S.** (Maschinenfabrik Fritsch & Co.); von Formern nach **Forst, N.-L.** (Buchholz); nach **Duzendfeld** bei **Nürnberg** (Firma W. Späth); von Formern, Schlossern u. Drehern nach **Pforzheim** (Gebr. Wendler); Gelbgießern, Drehern u. Gürtlern nach **Hamburg** (Fied. Söhne); von Metallschlägern nach **Dresden** und **Großschönau**; von Drehern, Formern, Tischlern und Lackirern nach **Bielefeld** (Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Berlin**; von Arbeitern der Radfahrbranche nach **Röln-Binderthal** (Ulrich-Fahrradfabrik, Georg Sorge & Co.); Metallarbeitern der Schiffsbau-branchen nach **Flensburg** (Flensburger Schiffbau-Gesellschaft); der Nähmaschinenbranche nach **Utenburg**; von Klempnern und Schlossern nach **Bauzen** (Emaillierwerk Blechschmied & Stelzer); von Schmieden und Nablern nach **Chemnitz** (Eversbach & Kühn); von Formern u. verw. Berufsgenossen nach **Leipzig** (Weidner); von Klempnern und Schwarzblecharbeitern nach **Halle a. S.**; von Schmieden nach **Rönigsberg** i. Preuss. (Steinfurth'sche Eisenbahnwagenfabrik).

Der „Herr im eigenen Hause“.

Der absolute König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen wollte vor der 1848er Revolution nicht, daß sich zwischen ihn und „sein Volk“ ein Blatt Papier dränge, trotzdem dies aber das Volk selbst wollte; allein vor dem Sturme der Revolution mußte er muthig zurückweichen und eine Verfassung gewähren, die freilich heute noch nicht viel werth ist, da sie rein plutokratischen, klassenstaatlichen Charakter hat. In gleicher Weise wie der verwichene Preußenkönig erklärt der Neunkirchner Schloßkönig Stumm, daß er zwischen sich und seinen Lohnarbeitern kein Drittes wolle oder dulde und keinen seiner Lohnarbeitenden Unterthanen um das Vergnügen bringen möchte, mit dem „Herrn Brodgeber“ direkt zu verkehren, wenn er dazu den Muth hat und anderseits der viel abwesende Stumm gerade anwesend ist und verfügbare Zeit von seinen freien 24 Stunden hat. Wie Friedrich Wilhelm der Herr im Hause des Königreichs Preußen bleiben wollte, so will es Stumm bleiben in seinem Neunkirchner Königreich und so denken alle Unternehmer, die großen wie die kleinen, selbst den kleinen Dorfmeister

des Schmiede-, Schlosser- oder Klempnerhandwerks nicht ausgenommen.

Der staatliche Absolutismus in seiner reinen Form ist gebrochen, allein im Arbeitsverhältniß soll er nach der Meinung der Unternehmerwelt verehrt werden. Thatsächlich ist er freilich auch hier bis zu einem gewissen Grade gebrochen worden und es ist eille Selbsttäuschung, wenn die Unternehmer noch immer in dem Wahne despotischer Selbstherrlicher leben und sich dessen nicht bewußt werden, daß ihrer Macht schon längst Grenzen gesetzt sind.

Jedes Stücken Arbeiterschutz, Haftpflicht, behördliche Aufsicht (Fabrikinspektion), Arbeiterversicherung, Bestimmungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, über die Beschäftigung der Kinder und Frauen, über Arbeitszeit und Zwischenpausen, über Sonntags- und Nachtarbeit, über Arbeitsordnung, Schutzvorrichtungen usw. — jede einzelne dieser Maßnahmen bedeutet eine Abschwächung und Verminderung der Selbstherrlichkeit und alle diese Maßnahmen zusammen bedeuten dies natürlich in noch viel höherem Maße. Wie eben der einzelne Bürger im Staate keine absolute Freiheit besitzt, sondern vielfachem Zwang — der Schul- und Militärpflicht, der Steuerpflicht etc. — unterworfen ist, so geht es auch dem Unternehmer. Der absolute manchesterliche Individualismus, der in Reinkultur überhaupt nirgends bestand, hat bezüglich der Unternehmer seit Jahrzehnten viel eingebüßt durch die mancherlei ihm auferlegten sozialpolitischen Beschränkungen, die noch wesentlich vermehrt werden müssen. Der Unternehmer hat heute soziale Pflichten zu erfüllen gegenüber der Gesamtheit, er kann durchaus nicht willkürlich thun und lassen, was er will, denn wo der Staat nicht zugreifen will, da treten die Arbeiter mit ihren Forderungen und Ansprüchen auf und sie lassen sich durchaus nicht imponiren und abweisen durch die pathetische Deklamation: Ich bin Herr im Hause resp. in der Fabrik!

Die ganze nationalökonomische Wissenschaft, also mit Einschluß der bürgerlichen Ökonomen, ist darüber einig, daß das heutige Arbeitsverhältniß weder wirtschaftlich noch rechtlich ein Unterthanenverhältniß, sondern ein Vertragsverhältniß ist, bei dem die Beteiligten gleichberechtigte Kontrahenten sind. In der Reichsgewerbeordnung, § 105, heißt es hierüber: „Die freie Uebereinkunft, welche das Arbeitsverhältniß regeln soll, kann ihren Ausdruck finden entweder in einem Arbeitsvertrage, den der Arbeitgeber mit dem einzelnen Arbeiter abschließt, oder in einer Arbeitsordnung (Fabrikordnung, Werksordnung, Reglement usw.), welche der erstere für die bei ihm Beschäftigten aufgestellt hat und welcher sich jeder eintretende Arbeiter ausdrücklich oder stillschweigend unterwirft.“ Und § 134a bestimmt, daß für jede Fabrik, in welcher in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden,

vier Wochen nach Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen ist. Dieselbe muß Bestimmungen enthalten über Anfang und Ende der Arbeitszeit, über die Pausen, über die Lohnzahlung, über die Kündigung etc. Nach § 134d ist vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrages zu derselben den in der Fabrik oder in den betreffenden Abtheilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern.

Also mit dem Absolutismus im Arbeitsverhältniß ist es nichts mehr. Allerdings bleibt aber über die genannten Beschränkungen hinaus dem Unternehmer, namentlich dem großen, noch so viel Gewalt und wirtschaftliches Uebergewicht, daß er damit noch ganz selbstherrlich gegenüber den Arbeitern, insbesondere gegenüber dem einzelnen Arbeiter, schalten und walten kann; sein mächtigstes und wirkungsvollstes Herrschaftsinstrument ist die Hungerpeitsche, die er rücksichtslos schwingen kann und thatsächlich auch schwingt. Gegenüber der Arbeiterklasse verfährt dieses Mittel freilich auch nicht mehr, sonst hätte die Unternehmerwelt damit schon längst die ganze Sozialdemokratie vernichtet.

In andern Ländern sind die nicht durch Gesetz, aber durch mächtige Arbeiterorganisationen den Unternehmern auferlegten Beschränkungen noch viel weitergehendere, als wir sie in Deutschland kennen. So erzählt ein Schweizer Journalist (Paul Brandt in St. Gallen), der 1893 die Weltausstellung in Chicago besuchte, daß ihm ein Freund, der in New-York eine Buchdruckerei besitzt, über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den dortigen Druckereien mittheilte, daß kein Prinzipal Schriftsetzer und Buchdrucker selbst entlassen oder anstellen dürfe, sondern sich zu diesem Behufe an die Gehilfenorganisation wenden müsse, durch deren Vermittlung Anstellungen und Entlassungen besorgt werden. „Und trotzdem hat unser Freund nicht nur immer Arbeiter genug gehabt und sein Geschäft stets fortführen, sondern sich auch im Laufe der Jahre von einem armen Teufel zum reichen Manne emporschwingen können.“ Zahlreiche schweizerische Buchdruckereien stellen keine andern Gehilfen ein, als solche, welche organisiert sind und dabei sind noch immer beide Theile gut gefahren.

Und man sieht daher, daß wenn selbst die Arbeiter den Unternehmern noch ganz andere, viel weitergehende Forderungen aufzwingen wollten und könnten, gleichwohl weder die Disziplin noch die Rendite gefährdet wären. Das lenkt auch ohne Weiteres ein. So lange es Leute gibt, die nichts haben, als ihre Arbeitskraft, müssen dieselben arbeiten, ob sie's gerne thun oder nicht und zwar arbeiten zu denjenigen Bedingungen, die nun einmal am betreffenden Orte im betreffenden Berufe üblich sind. Nicht irgend welche Arbeits- resp. Fabrikordnungen oder Gesetze oder Verfassungen

zwingen die Leute zur Arbeit, sondern der Hunger, die Sorge um das tägliche Brod für sich und ihre Familien. Das ist der Herr, der in jedem Hause Meister ist!

Es gibt aber noch ganz andere, außer dem Arbeitsverhältniß liegende Beschränkungen, welche dem Unternehmer nur in bescheidenem Maße gestatten, der Herr im eigenen Hause zu sein. Da sind die Bankherren und andere Kapitalisten, welche dem Unternehmer die Betriebskapitalien gegen gute Zinsen geliehen haben; da ist ferner die Konkurrenz, die ihm das Leben sauer macht und ihn, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Depression, in stetige Aufregung versetzt; da sind sodann die Besteller und Abnehmer, die bald dies, bald jenes wollen, die dem Unternehmer manche Enttäuschungen, manchen Aerger und Verdruß und Verluste bereiten usw. Gerade im kapitalistischen Großbetrieb mit seinem Stab von Bureauangestellten, höhern und niedern Angestellten zur technischen Leitung des Geschäfts, mit seinen Geschäftsreisenden ist der Herr und Meister im eigenen Hause.

Dazu kommt noch die Tyrannei und der Terrorismus der Unternehmerorganisationen, die in der Regel von den Geriebensten gegründet und geleitet werden, welche die übrigen Unternehmerngenossen auf bauernfängerische Art und Weise für ihre Zwecke fangen. Das zeigt augenscheinlich gegenwärtig der Kampf in der schweizerischen Brauindustrie, wo so gefangene Unternehmer trotz Nichtwollens durch den Terrorismus und Druck des Braueringes gezwungen werden, Arbeiter, mit denen sie sehr zufrieden waren und die sie absolut nicht entlassen wollten, dennoch fortzuschicken, um schwere Schädigung von ihrem Unternehmen abzuhalten. Bereits sind von Brauereibesitzern derartige Erklärungen veröffentlicht worden, deren Richtigkeit die Brauerfachvereine bestätigten.

Wo bleibt denn unter solchen Umständen noch der Herr im eigenen Hause? Und anderseits: Wo wird Terrorismus und Tyrannei geübt, welche die Unternehmer das ganze Jahr hindurch uns vorwerfen? Sie selbst, die Stützen von Ordnung, Sitte und Religion sind die wüthendsten Terroristen und Tyrannen, die sich den Teufel um Gesetz und Nebenmenschen kümmern, mögen letztere Arbeiter oder humanere und gewissenhaftere Unternehmer sein. Die Macht des Unternehmertums fortwährend in allen möglichen Formen zu beschränken und abzuschwächen, dies sollte bei allen Kämpfen, die gegen das Kapital geführt werden, neben andern Zwecken immer mit verfolgt werden.

Die Berliner Metall- und Maschinenindustrie.

Nach dem für 1895 erschienenen Jahresberichte des Nesten-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft über Handel und

Industrie in Berlin hat sich das Wirtschaftsleben im zweiten Semester des Vorjahres bedeutend gebessert, wie wir dies übrigens wiederholt schon darlegten. Während wir für die Jahre 1891 bis 1894 leider festzustellen hatten, daß weitans die meisten Zweige von Handel und Industrie in Berlin auf ungünstige Geschäftsergebnisse zurückblicken, sind wir diesmal in der Lage, das Jahr 1895 als ein solches zu bezeichnen, welches, namentlich in der zweiten Hälfte, fast allen Handels- und Industriezweigen Berlins einen erfreulichen Aufschwung der Thätigkeit gebracht hat. Der Aufschwung bezieht sich im Allgemeinen namentlich auf den Konsum von einfachen, billigen Waaren und von Gegenständen für den notwendigen Gebrauch, woran man den Schluß wohl ziehen darf, daß die Kaufkraft auch der minder begüterten Bevölkerungsklassen sich beträchtlich gehoben hat. Da die Fälle von Lohnreduktionen im Vorjahre sehr häufig waren, jedenfalls häufiger als die Lohn erhöhungen und im Uebrigen, soweit weder das eine noch das andere geschah, die mäßigen Arbeitslöhne unverändert blieben, wie dies auch die Fabrikinspektoren erklären, ist nicht recht einzusehen, wie die Kaufkraft der minder begüterten Bevölkerung eine beträchtliche Hebung erfahren haben soll. Insofern mag dies allerdings der Fall sein, als die Arbeitslosigkeit eine Verminderung erfahren hat und ferner die beschäftigten Arbeiter vielfach durch Ueberarbeit und Ueberanstrengung mehr verdienen, als in der flauen Zeit.

Nicht uninteressant sind die Schilderungen der wirtschaftlichen Depression auf dem Eisenmarkte bis ins Jahr 1895 hinein und die Rolle, welche bei dem eingetretenen Aufschwung Amerika spielte. Ueber erstere haben wir selbst öfters berichtet; über den amerikanischen Aufschwung aber lesen wir in dem vorliegenden Berichte: „Während im Mai (1895) nur 171 Hochofen mit einer wöchentlichen Produktion von ca. 158 000 Tonnen im Betriebe waren, standen am 1. September deren 215 im Feuer mit einer Wochenherzeugung von 200 000 T.; die Produktion hatte sich also um ca. 30 Prozent gesteigert; der Vorrath hatte sich dabei um ca. 40 Prozent vermindert. Mit der Zeit konnte aber die Rückwirkung auf den europäischen Markt nicht ausbleiben. Dieselbe machte sich im Laufe des dritten Quartals außerordentlich bemerkbar. Im Siegerlande trat sogar Nordamerika als Käufer von Hoheisen auf, was seit langer Zeit nicht mehr der Fall gewesen war. Allmählich hatte sich auch in Rheinland-Westfalen die Nachfrage aus Rußland und Südamerika in recht bedeutendem Maße gesteigert; dies und ein lebhafter Begeh nach Halb-fabrikaten ermöglichten, daß sich die Preise immer mehr besetzten. Selbst die Gefahr, die dem Markte aus der Auflösung des schlesisch-mitteldeutschen Verbandes drohte, hinderte die Aufwärtsbewegung nicht.“ — Nun folgten dann bekanntlich in der zweiten Hälfte des Jahres die häufigen Zusammenkünfte der Eisenindustriellen behufs Neugründung von Kartellen und Wiederbelebung der eingeschlafenen Verbände und die mehrmaligen Preiserhöhungen, die heute noch nicht zu endgültigem Beschluß gelangt sind. Speziell auf dem Berliner Markte war der Preis für den Doppelzentner Stabeisen in der ersten Hälfte 1895 auf 10,50 bis 11 M herabgebrückt, während er Ende 1895 12 1/2 bis 13 M betrug. Die Eisenbleche stiegen von 13 auf 14 M, der Grundpreis für Feinbleche von 13 1/2 auf 15 M, der für Schmiedeeiserne Träger von 10,25 resp. 9,80 auf 12 M; das Alceisen wurde bezahlt mit 5,50 bis 6 M für eiserne Maschinen und von 3 bis 6 M für sonstige Materialen.

Der oben geschilderte Einfluß der amerikanischen Nachfrage auf die Geschäftslage der deutschen Eisenindustrie zeigt in allgemeiner lehrreicher Weise die Internationalität des kapitalistischen Wirtschaftslebens, der kapitalistischen Produktion und die Degradierung der nationalen Produktion zu einem abhängigen Theile des Weltmarktes. Für die große Industrie ist das Wort „national“ zu einem inhaltleeren Worte geworden und selbst der kleinste Dorfschmied bekommt die Erbe und Frucht des wirtschaftlichen Lebens zu verspüren durch den Aufschwung und Niedergang des Weltmarktes, der das eine Mal Arbeit und Verdienst, das andere Mal Arbeitslosigkeit und Noth bedeutet.

In der allgemeinen Uebersicht über die Metall- und Maschinenindustrie wird ausgeführt, daß zu Anfang 1895 nur wenige Aufträge und zu schlechten Preisen zu erlangen waren, während aber im Laufe des Jahres namentlich die Lokomotivfabriken vielfach Aufträge aus dem Inlande und dann besonders noch aus Rußland erhielten, wozu seit Jahren nur wenig oder gar nichts mehr geliefert worden war. Die großen Etablissements für elektrische Einrichtungen waren schon längere Zeit überaus gut beschäftigt mit Aufträgen, die sie sich zum Theil durch Umwandlung von Pferdebahnen in Bahnen mit elektrischem Betrieb verschafften. Von diesen Werken erhielten dann die Maschinenfabriken wiederum reichliche Bestellungen auf Maschinen etc.; aus andern gut beschäftigten Industrien, z. B. der chemischen, kamen gleichfalls Aufträge in reichlichem Maße. Die mittlern und selbst kleinern Städte gehen immer mehr zur Anlage von Wasserwerken und Kanalisationsanlagen über und kamen auch daher manigfache Bestellungen, so daß Ende 1895 die Berliner Maschinen- und Werkzeugfabriken so besetzt waren, daß Bestellungen auf kurze Termine nicht mehr angenommen werden konnten. Wenn die Preise zunächst noch nicht befriedigend waren, so besserten sie sich naturgemäß mit der Zunahme der Beschäftigung. Rußland ist bestrebt, seinen Bedarf möglichst im Inlande zu decken und gewährt seinen Industriellen mannigfache Erleichterungen bei Beschaffung ihres Bedarfs im Inlande, worüber namentlich unsere landwirtschaftlichen Maschinenfabriken klagen, denen es überhaupt nicht besonders gut geht. Immerhin kann Rußland zur Zeit nicht Alles fabriciren und es sind sehr hübsche Aufträge an Deutschland gegeben worden. Wenn der Handelsvertrag auch nicht von nennenswerthem Einfluß war, so ist Deutschland doch nicht schlechter gestellt als die übrigen Industrielande, die in Rußland ihr Absatzgebiet haben. Die Lieferungen nach Rußland werden natürlich sofort abnehmen, wenn der Bedarf so weit zurückgeht, daß die heimischen Fabriken ihn decken, denn der Eingangszoll auf Maschinen, Kessel etc. beträgt ca. 80 Prozent vom Werth.

„Die Arbeiterverhältnisse sind befriedigende geblieben“, sagt der Bericht. „Streiks kamen nicht mehr vor. Da meistens im Akkord gearbeitet wird, so ist bei reichlicher Beschäftigung der Werke auch der Verdienst der Arbeiter ein höherer, welche auch willig Ueberstunden arbeiten (arbeiten mußten! D. Red.), wenn eilige Aufträge dies erheischen.“

Nach dem Verwaltungsbericht der Norddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Section I Berlin beträgt die Zahl der beschäftigten Betriebe 1147, d. h. 13 mehr als im Vorjahre. Arbeiter waren 27 195 versichert, 2421 mehr als 1894. Die anrechnungsfähigen Löhne betragen 28 928 227 M, 2 882 077 M mehr als 1894. Der Durchschnittslohn per Kopf beträgt für 1895 1063,70 M gegen 1051 M im Jahre 1894. Daß der Lohnanstieg der Berufsgenossenschaften so

gut wie gar kein Werth zukommt, ist schon oft, sogar von jener Seite, anerkannt worden; wir theilen daher jene Zahlen mit, ohne daraus irgend welche Schlüsse zu ziehen.

Aus den Einzelberichten heben wir folgende Bemerkungen hervor. Die Maschinenfabrik Cyclop-Mech. u. Behrens schreibt: „In der ersten Hälfte des Jahres 1895 waren wir ansehnlich beschäftigt, wenn auch die Preise zu wünschen übrig ließen; in der zweiten Hälfte lagen umfangreiche Aufträge vor, die zum Theil erst im Jahre 1896 Erledigung finden. Seit Beginn des Jahres 1896 ist die Fabrik mit Arbeiten voll besetzt und wird dies allem Anschein nach noch für längere Zeit der Fall sein.“

Die Maschinenbauanstalt und Eisengießerei Borzig war beim Lokomotiv- wie Kessel- und Maschinenbau sehr gut beschäftigt, dagegen wünscht sie höhere Preise. Einen gleich günstigen Bericht erstattet die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Schwarzkopff, die einen Gesamtumsatz von 7 836 091 M hatte gegen 6 650 876 M in 1894; der Reingewinn betrug 1 044 784 M gegen 983 029 M. Die Zahl der abgelieferten Lokomotiven betrug 91 gegen 69. Die im Berichtsjahre gezahlte Lohnsumme betrug 2 027 927 M, per Mann, „durchschnittlich“ 27,08 M pro Woche, einschließlich der Lehrlinge, Hand- und Hofarbeiter. „Der Durchschnittslohn ist also, da der Betrieb während der abgelaufenen Rechnungsperiode stetiger und regelmäßiger blieb, wieder seiner früheren Höhe nahe gekommen.“ Ueber die Löwe'sche Aktiengesellschaft haben wir bereits früher berichtet. Sie hatte für ihre Aktionäre, wie gewohnt, ein sehr gutes Jahr, war in allen Abtheilungen vollauf beschäftigt, machte einen Reingewinn von fast 2 1/2 Millionen Mark und erfreute die Aktionäre mit 20 Prozent Dividenden. Die 1894 reduzierten Löhne wurden nicht wieder erhöht. Die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Aktiengesellschaft vorm. Senker war mit den Aufträgen sowohl wie mit den Preisen zufrieden. Dagegen beschränkt sich die Zufriedenheit der Maschinenfabrik von May Hesse u. Co. nur auf die ausreichende Beschäftigung von durchschnittlich 170 Mann während sie mit den Preisen unzufrieden war. Die Berliner Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation (früher Freund u. Co.) in Charlottenburg beschäftigte durchschnittlich 112 Mann mit 1197,50 M Durchschnittslohn gegen 108 Arbeiter mit 1154 M in 1894 in der Abtheilung Maschinenbau und Kesselschmiede und 357 Arbeitern mit 1197,50 M gegen 394 Arbeiter mit 1189 M in 1894 in der Gießerei. Aus dem Berichte der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft erwähnen wir die Thätigkeit des „Technischen Bureaus deutscher Maschinenfabrikanten in Hamburg“, das zur Erhöhung des überseischen Absatzes wesentlich beigetragen hat. „Das Bureau soll mit seinen technischen Hilfskräften und gestützt durch die Zahl seiner leistungsfähigen Mitglieder, welche alle Zweige des Maschinenbaues umfassen, eine Ergänzung der kaufmännischen Thätigkeit der Hamburger Exporteure bilden. Durch das Zusammenarbeiten von Exporteuren und Fabrikanten hat sich der englische Maschinenexport seine gewaltige Bedeutung errungen. Die werbende Thätigkeit im Ausland wird dem Exporteur leichter, wenn er neben dem Verkauf einzelner marktfähiger und marktgängiger Maschinen auch ganze Anlagen liefern kann. Das Bureau fertigt für solche die Zeichnungen und Aufschläge an und bringt die Wünsche der Exporteure zur Kenntniß der Fabrikanten. Die Aufträge, welche die Exporteure dem Bureau überweisen, sind in erfreulichem Maße begriffen.“

Ungünstig lauten die Geschäftsberichte der Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, um so günstiger aber die der elektrotechnischen Fabrikation, auf deren Berichte wir zurückkommen; sodann aller weiteren Zweige der Metallindustrie. Die Lohnerhöhungen der Solinger Messerarbeiter hatten eine Erhöhung der Preise um 10 Prozent zur Folge. Der Bericht über die Fabrikation der Nufnägel schließt: „Das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern war fortgesetzt zufriedenstellend“, welche Erklärung auf die besten Geschäftsverhältnisse der Unternehmer schließen läßt, in welchem Punkte ihnen alle ihre Kollegen von den andern Metallbranchen gleich stehen.

Die preussische Fabrikinspektion 1895.

I.
u. Preußen hat in puncto Gewerbeaufsicht noch niemals den Anspruch erheben können, unter den deutschen Einzelstaaten an der Spitze des Fortschritts zu marschiren; aber nach seiner großen Reorganisation vor wenigen Jahren hätte man doch endlich ein besseres Resultat erwartet, als es der neueste Berichtsband für 1895 entrollt. Doch Jahr um Jahr vergeht und mit jeder neuen Publikation wird unsere Hoffnung auf durchgreifende Reformen ärmer. Daß das Institut noch immer der einheitlich geschlossenen Organisation mit Zentralfstelle entbehrt, wollen wir gar nicht weiter erörtern, weil hier das Handelsministerium diesen Mangel zum Theil ersetzt und dem Bedürfnis engerer Fühlungnahme behufs einheitlicher Durchführung des Arbeiterschutzes verschiedentlich Rechnung trug; nur vermessen wir noch immer den umfassenden Generalbericht über alle Regierungsbezirke, wie ihn Bayerns Gewerbebericht diesmal in erfreulicher Weise bot. Aber die Hauptsache, die Betriebsrevision, ist noch unter aller Kritik, und bezeichnend ist in dieser Hinsicht das Fehlen jeder Uebersicht über das Verhältnis zwischen der Zahl der Betriebe überhaupt und den Revisionsziffern der Beamten. Das läßt natürlich nur vermuthen, daß es mit dem Revisionsverhältnis in Preußen übel bestellt sein muß. Die wenigen Angaben der Einzelberichte können diesen Verdacht nur bestätigen.

Von 10 Aufsichtsbezirken, aus deren Zahlenmaterial sich das Verhältnis der revidirten Betriebe zur Gesamtzahl feststellen läßt, schwankt der Prozentsatz zwischen 17,3 (Trier), 17,7 Proz. (Dreslau) und 51 Proz. (Magdeburg) und selbst der räumlich beschränkte Bezirk Berlin weist nur 49,5 Proz. auf. Die übrigen Bezirke werden meist unter diesem Verhältnis stehen, aber selbst wenn der eine oder andere über die 51 Proz. etwas hinausgehen sollte, so ändert das nichts an dem geradezu kläglichen Resultat, daß des größten deutschen Einzelstaates völlig unwürdig ist. Ebenso wenig ändert daran der Umstand, daß die Zahl der revidirten Arbeiter fast überall einen höheren Prozentsatz aufweist, ein Zeichen dafür, daß fast immer bloß die größten Betriebe revidirt werden; gerade die kleineren, auf der Grenzscheide des Fabrikbegriffs stehenden Betriebe bedürften der gründlichsten Inspektion, da nach regelmäßig wiederkehrenden Erfahrungen in diesen die schlimmsten Verhältnisse und die ärgsten Gesetzesübertretungen zu finden sind. Von 16 Bezirken, deren gesammte Arbeiterzahlen im Bericht vorliegen, schwankt das Verhältnis der revidirten Arbeiter zur Gesamtarbeiterzahl zwischen 44,9 Proz. (Sigmaringen; Schleswig-Holstein hat 54,6 Proz.) und 90 Proz. (Aussberg). Die Hauptschuld an diesen ganz ungenügenden Revisionsziffern trägt die noch immer unzulängliche Inspektorenzahl, die

sich zwar im Berichtsjahre von 173 auf 176 erhöhte, aber dem wahren Bedürfnis noch recht fern ist. Daneben mögen eine Reihe außerordentlicher Untersuchungen (z. B. bezüglich der Zieglerverhältnisse, der Schmelzwerke, Düngersfabriken, Bleiwerke, Milzbrandfälle etc.) das Arbeitsergebnis der Aufsichtsbeamten beeinflusst haben; indes war es ja von vornherein ganz klar, daß solche Untersuchungen auch eine Vermehrung der Kräfte erfordern und es war der preussischen Regierung unbenommen, die nötigen Mehrmittel dafür im Etat zu beantragen. Endlich wirkt auch die Kesselrevision, das Unglückskind sächsischer Herkunft, verschleppend und erschwerend auf die Arbeiterkontrolle; in 9 Bezirken übersteigt die Zahl der Kesselrevisionen die der sonstigen Betriebsbesichtigungen, und in 20 Bezirken beträgt ihre Zahl 30 504, während von 4 Bezirken die Zahlenangaben fehlen. Revidirt wurden 37 258 Betriebe mit zusammen 1 319 779 Arbeitern, davon 5124 Betriebe zweimal und 2167 drei- und mehrmals; Nachrevisionen kamen 893 und Sonntagsrevisionen 2575 vor; die Gesamtzahl der Revisionen betrug 48 781.

Am Schlimmsten sieht es noch mit der preussischen Arbeiterstatistik aus, deren Glend und Kläglichkeit so offenbar ist, daß die Aufsichtsbeamten offiziell ihre Unrichtigkeit und Unbrauchbarkeit zugeben müssen. Ihr Zahlenmaterial stützt sich auf die völlig unzulänglichen und oft genug auch unsachlichen Ermittlungen der unteren Polizeibehörden, und mehrere Aufsichtsbeamten weisen selber einige bedenkliche Unrichtigkeiten nach, ohne sich damit auf ein einwandfreies Material stützen zu können. Von einer einheitlichen Betriebs- und Arbeiterzählung, nach den verschiedenen Kategorien geordnet, finden wir im Berichte keine Spur; so weit scheint das sozialpolitische Verständnis in Preußen nicht zu reichen. Hier erstreckt sich die Arbeiterstatistik lediglich auf die weiblichen und jugendlichen Arbeiter, und nur die revidirten Betriebe erfreuen sich des Vorzugs einer umfassenden Arbeiterzählung. Wenn wir freilich auf die letztere so lange warten sollen, bis in Preußen alle der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betriebe jährlich einmal inspiziert sind, so kann das nach den jetzigen Erfahrungen noch recht lange dauern. Bislang haben sich nur 15 von 27 Berichterstattern bemüht gefunden, die Zahlen der erwachsenen Arbeiter, resp. der Gesamtarbeiterzahl ihres Bezirks mitzutheilen. Die im Dezember vorgenommene Arbeiterzählung konstatierte in Preußen 302 628 (1894: 287 824; 1893: 278 228) erwachsene Arbeiterinnen und 110 975 (1894: 104 886; 1893: 106 141) Jugendliche von 14—16 Jahren, sowie 802 (1894: 827; 1893: 1326) Kinder unter 14 Jahren. Davon wurden revidirt: 231 295 (230 729) Arbeiterinnen, sowie 83 370 (83 890) Jugendliche, sowie außerdem 1 005 104 erwachsene Arbeiter, zusammen 1 319 779 Arbeiter. Eine Uebersicht über die drei Metallarbeitergruppen ergibt die folgenden Zahlen:

	Arbeiterinnen	Jugendl. Arbeiter	Kinder
Hütten u. Salzn.	5544	262	6745
Metalverarbeitung	14994	265	18052
Maschinen-Ind.	6392	862	10704

Revidirt wurden in 650 Anlagen der Hütten- und Salznengruppe 138 776 erwachsene Männer und 4475 Arbeiterinnen, sowie 6037 Jugendliche, zusammen 149 228 Arbeiter; in der Metallverarbeitung in 2972 Anlagen 119 079 Männer und 9966 Arbeiterinnen, sowie 13 023 Jugendliche, zusammen 142 068 Arbeiter; in 2476 Anlagen der Maschinen-Industrie 141 444 Männer und 5975 Arbeiterinnen, sowie 8040 Jugendliche, zusammen 155 459 Arbeiter. Die

größten Arbeiterzahlen haben aufzuweisen bezüglich der Hüttenindustrie die Bezirke Oppeln, Krusberg und Trier, in der Metallverarbeitung die Bezirke Berlin, Potsdam, Arnberg, Düsseldorf und Aachen, in der Maschinenindustrie die Bezirke Berlin, Potsdam und Düsseldorf, alles Hauptstige der Großindustrie.

Darnach hat in Preußen die Arbeiterinnenbeschäftigung eine Steigerung um 5,2 Proz., die Zahl der Jugendlichen eine Zunahme um 5,8 Prozent erfahren, während die Kinderarbeit nur wenig zurückgegangen ist. Thatsächlich hat die Kinderarbeit keinen Rückgang nachzuweisen, denn von der Zählung waren die kleineren Betriebe, sowie die Hausindustrie, die Zunftstätten der Kinderausbeutung, ausgeschlossen; außerdem haben sich die Polizeibehörden bei ihren statistischen Ermittlungen einer seltsamen Nachsicht insofern befleißigt, daß sie viele Betriebe mit Kinderhänden nicht als Fabriken erachteten und demnach unberücksichtigt ließen. Endlich aber wäre die Zahl der Kinderhände in Fabriken eine höhere, wenn ein früherer Erhebungstermin gewählt würde, da bis zu der im Dezember stattfindenden Arbeiterzählung der größte Theil der vor dem 14. Jahre der Schule Entlassenen die Kindergrenze überschritten hat. *) Die Unbestimmtheit des Fabrikbegriffs ermöglicht vielen Unternehmern, sich den Fabrikbeschränkungen zu entziehen, und die Gerichte legitimiren diese Praxis durch die bedenklichsten Urtheile; so wurde eine Maschinenfabrik mit Dampftrieb im Bezirk Potsdam, die auch Kinder beschäftigte, vom Schöffengericht als Handwerksbetrieb erklärt. Auch in anderen Industrien mehrten sich derartige Fälle, welche beweisen, wie notwendig wenigstens die längsterwartete Inkraftsetzung des § 154, Abs. 3 der Gewerbeordnung ist.

Ueber die Hausindustrie bringen die Berichte ein von Jahr zu Jahr anwachsendes Material. Fast überall, wo sich diese Produktionsmethode eingenistet hat, steht auch die Kinderausbeutung im schwinnghaften Betriebe, so in der Ruppiner Bilderbogenmalerei, in der Leinwandweberei, in der Zigarrenfabrikation im Bezirk Minden, in der Dütenkleberei, in der Knopf- und Nadelfabrikation etc. Der Arnberger Beamte berichtet von einer bedeutenden Zunahme der in der Herforder Hausindustrie mit dem Anknüpfen der Nähnahele beschäftigten Kinder, deren Zahl seit 1894 von 600 auf 717 stieg. Desgleichen wiederholt der Aachener Beamte seine vorjährigen Klagen bezüglich der Nadel-, Haken- und Dese- und der Knopfabrikation. Wie zur Entschuldigung fügt er am Schlusse seiner Ausführungen hinzu, daß in der Aachen-Burtscheider Nadelfabrikation alljährlich ca. 60 000 M. von Kindern verdient würden. Meint der Herr Gewerberath etwa, diese Summe ginge verloren, wenn die Kinderarbeit aufhört? Im Gegentheil, durch die zu billige Kinderarbeit geht der Arbeiterbevölkerung eine mindestens ebenso große Summe an Arbeitslöhnen verloren, die das Unternehmertum heute eripart, denn die Nadeln müssen doch auch später aufgereicht werden. Bereits haben sich mehrere Aufsichtsbeamte zur Forderung gesetzlicher Reformen aufgeschwungen. Der Erfurter Beamte, angeregt durch die Konfessionsbewegung gegen die Hausindustrie, stellt ein ganzes Reformprogramm auf, das sich so ziemlich mit den Herlichen Anträgen im Reichstage deckt, aber die reinen Familienbetriebe vor dem Fabrikarbeiterthum und vor dem Eindringen fremder Elemente bewahren will. Für diese Einschränkung mögen Rückichten

*) Derselben Meinung ist der Arnberger Gewerberath, siehe S. 378 d. Berichtsbandes.

auf die Thüringer Hausindustrie maßgebend gewesen sein, daß dadurch aber die Waffe der Gesetzgebung fast völlig abgestumpft wird, indem gerade die aller schlimmste Ausbeutung, die der Kinder durch die eigenen Eltern, unbegrenzt bleibt, übersehen der Beamte völlig. Noch ein hausindustrielles Beispiel sei erwähnt, die Ketteneschirrmieberei im Arnberger Kreis, die die ca. 450—500 Personen beschäftigt. Diese Leute verdienen bei 14stündiger Arbeitszeit höchstens 2 M. pro Tag, mit Gehrling 2,50, exklusive Kosten und Handwerkszeug. Obgleich nun eine im vorigen Sommer zu Stande gefommene Konvention der Kettenfabrikanten eine Preiserhöhung für sich arrangirte, hat sich nach übereinstimmenden Angaben die Lage der Hausarbeiter nicht im Mindesten gebessert, d. h. „die Fabrikanten fremder Produkte“ haben den Preisausschlag für sich allein behalten. Auch aus der Schmalkaldener Hausindustrie von Kleinerwaren (Messer, Schösser, Zangen, Vänder etc.) werden schlimme Verhältnisse der von kapitalistischen Kommissionären ausgebeuteten Bevölkerung berichtet. Der Versuch, die kleineren Zwergbetriebe einer Gemeinde zu einer Genossenschaft zu vereinigen, bringt den Vermissten keine Besserung, da ihnen die Kommissionäre durch Preisunterbietungen entgegenarbeiten, so daß die sich anammelnden Lagerbestände den Fortbestand der Genossenschaft in Frage stellen. Wie sollte auch eine Genossenschaft der rückständigen Zwergbetriebe Aussicht auf Erfolg haben? Mit der von Dr. Frauberger im Kreis Brilon gegründeten und vom Kreis mit 2000 M. subventionirten Drechslergenossenschaft wird es nicht viel besser gehen.

Die Zahl Jugendlicher hat sich in der Hüttenindustrie um 355 vermindert, ist dagegen in der Metallverarbeitung um 918, in der Maschinenindustrie um 488 gestiegen (5,1 und 4,6 Prozent). Diese Steigerung steht ionach mit der allgemeinen Entwicklung in Preußen im Einklange, während die Verminderung der Jugendlichen in der Hüttenindustrie auf deren Ersatz durch erwachsene Arbeiter in den Bezirken Oppeln und Trier zurückzuführen ist. Auch in der Arnberger Großindustrie ist ein kleiner Rückgang und eine wachsende Abneigung zur Beschäftigung Jugendlicher, trotz der in Wegfall gebrachten Listenführung für Walz- und Hammerwerke, zu welcher die Werke bei Nichtgewährung regelmäßiger Bausen verpflichtet waren, zu bemerken. Der Beamte führt indes diesen Rückgang auf den Umstand zurück, daß die meisten kräftigen jungen Leute sofort nach Erreichung des 16. Jahres die lohnendere Arbeit im Kohlenbergbau vorziehen, und daß die Walzwerke deshalb keine Bergmannsöhne mehr einstellen, sondern nur noch Söhne von Fabrikarbeitern. Auch hinsichtlich der Beschäftigung Jugendlicher treffen unsere Bemerkungen über die Unbestimmtheit des Fabrikbegriffs und die oft unverständliche Gerichtspraxis zu. Daneben wimmelt es von Fällen, in denen die Gerichte die flagrantesten Gesetzesübertretungen mit lächerlich niedrigen Strafen belegen, die zu fernerer Uebertretungen geradezu anreizen. So wurde im Mindener Bezirk der Betriebsingenieur einer Maschinenfabrik, der im Vorjahre 34 junge Leute täglich 11 Stunden beschäftigt hatte, zu ganzen 30 M. Geldstrafe verurtheilt, eine Lappalie, die der Betreffende natürlich gleich aus der Tasche bezahlen kann. Im Ganzen wurden 12 790 Jugendvergehen in 4772 Anlagen ermittelt, wobei nur 775 Personen (16,2 Proz.) bestraft wurden. 480 Fälle bezogen sich auf Kinderbeschäftigung, 1149 auf überschrittene Arbeitsdauer Jugendlicher und 1474 auf Hausverletzungen. Daran sind theilhaftig die Walz- und Hammerwerke, sowie

Drahtziehereien mit 177 Fällen in 63 Anlagen, die Metallverarbeitungsindustrie mit 1422 Fällen in 429 Anlagen und die Maschinenindustrie mit 959 Fällen in 369 Anlagen, für die nur 13, 46 und 128 Personen bestraft wurden. Mit welcher Dreistigkeit manche Unternehmer den Anordnungen der Inspektoren Hohn sprechen, das illustriert ein Beispiel aus dem Potsdamer Bericht, wo zwei Unternehmer den Einspruch des Beamten wegen ungesetzlicher Hausentziehung mit der sofortigen Entlassung sämtlicher Jugendlicher beantworteten. „Letzteres war nur so weniger bedauerlich“, schreibt der Beamte, „als es sich um Werkstätten handelte, in denen die bekannte Unsitte herrschte, eine größere Anzahl Lehrlinge zu beschäftigen, um den Lohn für erwachsene Arbeiter zu sparen.“

Ueber Lehrlingsausbeutung berichten auch die Inspektoren für Liegnitz, Schleswig und Düsseldorf, der Letztere mit Bezug auf die Stahlwarenindustrie Solingens, wo die Lehrlinge von den Fabrikanten, Schleifern, Blieflern und Ausmachern zum Pachten und zu kleinen Nebenarbeiten angelockt und mit wenig Lohn um ihre Lehrjahre betrogen werden.

Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen hat in der Metallbearbeitung eine Zunahme um 621, in der Hütten- und in der Maschinenindustrie dagegen eine Abnahme um 1155 (17,2 Proz.) und 71 (1,1 Proz.) erfahren. Der starke Rückgang in der Hüttenindustrie kommt hauptsächlich auf den oberhessischen Hüttenbezirk Oppeln, wo zahlreiche Eisenwerke und Hütten überhaupt keine Mädchen mehr beschäftigen, angeblich in der Erkenntnis, daß die schwere Arbeit dem weiblichen Körper auf die Dauer nicht zuträglich sei, richtiger wohl wegen der gesetzlichen Beschränkungen und wegen des Verbots gewisser Desearbeiten für Arbeiterinnen. Die Vermehrung in der Metallverarbeitung dagegen kommt besonders auf die Berliner Umgegend des Potsdamer Bezirks und auf den Herforder Kreis Arnberg sowie auf den Bezirk Aachen. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen ist fast überall die gesetzliche 11stündige; selbst aus den großen Städten und Industriebezirken wird nur sehr selten von kürzerer Arbeitszeit berichtet. Dagegen fehlt es nicht an Fällen, wo die Unternehmer die Arbeitszeit selbst über diese Grenze hinaus ausdehnen, um der Mehrwerthproduktion zu fröhnen, theils auf gesetzlichem Wege durch Ueberarbeitsbewilligung, theils ungesetzlicher Weise durch raffinirte Gesetzesverletzungen. Zwar ist die Zahl der Arbeiterinnenbeschäftigten seit 1890 von 6330 auf 4409 zurückgegangen, die 1751 Anlagen betrafen, und der Prozenttag der Bestrafungen ist von 5,8 auf 9 Proz. gestiegen, aber desto findiger werden die Gesetzesverächter in der Umgehung der Schutzvorschriften. Der in Sachsen mehrfach gerügte Unfug, Diensthoten nach Feierabend mit Fabrikarbeit zu beschäftigen, wurde auch im Bezirk Erfurt aufgedeckt und ebenso grassirt auch die schöne Sitte, den Arbeiterinnen nach Feierabend Waare mit nach Hause zu geben, die sie am nächsten Morgen fertig abliefern müssen. Im Bezirk Düsseldorf entließ ein Unternehmer seine Arbeiterinnen Samstags zur gesetzlichen Zeit, ließ sie aber heimlich um 8 Uhr wieder kommen und bis 12 Uhr Nachts arbeiten. Er wurde mit 150 M. und sein Werkführer mit 50 M. Strafe bedacht. Wie profittlich unter Umständen das Handwerk der Gesetzesübertretung bei der milden Strafpraxis der Gerichte ist, rechnet der Berliner Beamte einem Buchdruckereibesitzer nach, der 7 Falzerinnen widerrechtlich nach Feierabend 171 Tage lang beschäftigt hatte und schließlich zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt

wurde. Er hatte unterdeß an jeder Arbeiterin pro Tag 50. Lohn gesparrt, die ein Arbeiter mehr beanspruchen würde, und demnach $7 \times 0,50 \times 119 = 416,50 \text{ M} - 20 = 395,50 \text{ M}$ verdient. Naht's Geschäft! In den Walz- und Hammerwerken kamen insgesamt 42 Arbeiterinnenschnurvergehen in 4 Betrieben, in der Metallverarbeitung 167 Vergehen in 54 Anlagen vor, wofür 1 und 14 Personen bestraft wurden.

Hinsichtlich der Ueberzeit für Arbeiterinnen haben die Behörden den Unternehmerwünschen gegenüber ein geradezu beispielloses Entgegenkommen gezeigt. Im Vorjahre erhielten für Ueberarbeit an den Wochentagen, excl. Sonnabends, 796 Betriebe für 61534 Arbeiterinnen 1049894 Ueberstunden bewilligt, wonach im Durchschnitt pro Betrieb 1319, pro Arbeiterin 17,1 St. entfallen. Im Berichtsjahre ist die Ueberstundenzahl um 111,4 Proz., also um mehr als das Doppelte gesteigert; es wurden 1062 Betrieben für 88530 Arb. die Summe von **2 220 733 1/2** Stunden gewährt (im Durchschnitt pro Betrieb 2091, pro Arb. 25,1 Stunden. Nur 4 von 27 Bezirken zeigen eine geringe Abnahme der Ueberarbeit, dagegen weisen mehrere Bezirke eine 3-4fache Vermehrung der Ueberarbeit gegen 1894 auf und die Hannover-Donaubrücker Behörden haben es gar fertig gebracht, das beinahe 12fache Quantum des Vorjahres zu bewilligen. Die hauptsächlich beteiligten Industrien sind folgende:

Ueberstundenzahl	22,9	29,4	34,2	57,8	15,2
Ueberstunden	2804	2164,6	2284	3036,2	506
Ueberstunden pro Betrieb	1472421 1/2	174616 1/2	107542 1/2	307059	35982
Ueberstunden pro Arbeiterin	65891	5026	4903	5369	2871
Ueberstunden pro Betrieb	689	81	75	101	71
Ueberstunden pro Arbeiterin	81	75	101	71	
Ueberstunden pro Betrieb	81	75	101	71	
Ueberstunden pro Arbeiterin	81	75	101	71	

Bei der Metallindustrie kamen hierbei in Betracht: Emailierwerke, Blechspielwaren- und Blechballagefabriken, Nähmaschinen-, Nadel-, Ketten- und Korsettfabriken, sowie die Lössschneid-Tagener Metallindustrie, die allein 68 Prozent der im Arnberger Kreise bewilligten Ueberarbeit erhielt.

Außerdem aber erhielten noch 130 Betriebe für 3123 Arbeiterinnen, welche kein Hauswejen zu besorgen haben, eine ungenannte Stundenzahl sonnabendlicher Ueberarbeit, dafür die große Mehrzahl für mehr als 12 Sonnabende und für je 2 und mehr Stunden, deren Zahl indeß gering mit 100 000 Stunden zu veranschlagen ist. Darnach haben die preussischen Behörden za. 2 1/3 Millionen Ueberstunden für Arbeiterinnen bewilligt, ungeradeher, die sich das „gesetzliebende“ Unternehmertum mit und ohne gesetzliche Handhabe selber bewilligt hat. Da kann es wahrlich nicht Wunder nehmen, daß das Uebermaß der Bewillig-

ungen oft genug selbst den Aufsichtsbeamten zu viel wurde und mehrfache Anregungen erfolgten, die Gesuche um Ueberarbeit möglichst stets der Gewerbeinspektion zur Begutachtung zu unterbreiten. Gaben sich doch öfters die Regierungspräsidenten geneigt gesehen, bereits erfolgte Bewilligungen wieder zurückzuziehen, weil ihre Gründe nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprachen oder weil die betreffenden Betriebe bereits das Höchstmäß der vorgeesehenen Ausnahmen überschritten hatten. Doch was scheert das die Unternehmer? „Es lebe der Profit“ ist ihre Parole.

Kommunaler Gewerbebetrieb in der Schweiz.

Hierüber wird der „Leipziger Volkszeitung“ aus Zürich geschrieben: Rasche Zunahme der Gemeindeausgaben verbunden mit Verbreitung volkswirtschaftlicher Einsicht bricht dem kommunalen Gewerbebetrieb allmählich Bahn im Schweizerland. Zögernd und gar bedächtig sind zwar noch die Schritte auf dieser Bahn. Erst mußte die Privatindustrie auf den zunächst in Frage kommenden Gebieten glänzende Geschäfte hinter sich haben, bevor man sich zu einem derartigen Eingriff in den Privatbetrieb entschloß. Erst mußte die Technik geordnet, die Nachfrage nach ihren Leistungen eine allgemeine oder die monopolistische Ausbeutung des Publikums seitens der Privatunternehmer eine recht große geworden sein, bis größere Städte einen Versuch mit dem Selbstbetrieb wagten. Dabei scheint man auf dieser Bahn nichts gelernt und alles vergessen zu haben. Die Erfahrungen, die man mit privaten Wasserwerken gemacht, ließ man sich durch die Gasanstalten in vermehrter und verbesserter Auflage wiederholen. Was die privaten Gasanstalten so deutlich demonstrieren, vergaß man bei der Konzession der Straßenbahnen, um ja auch hier nur durch Schaden Klug zu werden.

Diese Entwicklung ist um so auffälliger, als die Gemeinden diese Art des Gewerbebetriebes von Anfang an recht gewinnbringend zu gestalten und sich recht erhebliche Gewerbesteuererträge zu schaffen wußten.

Statt vieler Beispiele möge dasjenige der Stadt Zürich genügen, wo Gas- und Wasserwerk vorzüglich rentieren. Das Gaswerk ergab dort pro 1893 einen Reinertrag von 226 489 Franken, pro 1894 einen solchen von 294 545 Fr., wobei zu bemerken ist, daß dieser Reingewinn nicht auf Kosten der nötigen Abschreibungen so bedeutend geworden ist. Das Wasserwerk wirft der Stadt noch mehr ab. 1893 erzielte dasselbe bei einer Einnahme von 1 280 000 Fr. einen Bruttogewinn von 883 000 Fr., wovon nach Abzug von 324 000 Fr. für Verzinsung der Anlage und 325 000 Fr. für Amortisation ein Reingewinn von 233 000 Fr. zu Gunsten der Stadtkasse resultierte. Im Jahre 1894 betrug der Reingewinn sogar 303 914 Fr. Ähnliches ist auch in anderen schweizerischen Gemeinden der Fall, wie dies ein Blick auf die im letzten statistischen Jahrbuch der Schweiz angeführte Zusammenstellung der Wasserversorgung in den größeren schweizerischen Ortschaften deutlich beweist, oder wie aus den Rechnungsergebnissen derartiger Anstalten in verschiedenen Ortschaften zu ersehen ist. Hat ja z. B. das Gaswerk der Stadt Luzern schon im ersten Jahre des Regiebetriebes einen Reinertrag von 22 503 Fr. abgeworfen.

In etwas geringerem Grade gilt dies auch von den Elektrizitätswerken, dem nächsten Glied in der Reihe kommunalen Gewerbebetriebes. Mit dem Elektrizitätswerk pflegt ein Atelier verbunden zu sein, das auch Arbeiten für Private ausführt, oder eine Verkaufsstelle von

Beleuchtungsutensilien zc. Atelier und Verkaufsstelle warfen z. B. in Winterthur pro 1893 einen Reingewinn von 9167 Fr. ab.

Auf dem erwähnten Gebiete reicht der kommunale Gewerbebetrieb schon ziemlich weit in die Vergangenheit zurück, während die Versuche mit der Verstaatlichung der Straßenbahnen noch ziemlich neu sind, trotzdem schon eine recht beträchtliche Strecke öffentlicher Straßen auf diese Weise dem Privatkapital zur Ausbeutung überlassen wurde, was daraus hervorgeht, daß die schweizerischen Tramways eine Gesamtlänge von 71 318 Meter aufweisen. Erst im Jahre 1892 wurde der erste Schritt zur Verstaatlichung gewagt, nachdem die Sozialdemokraten schon längst die städtische Verwaltung auf diese Bahn zu drängen versucht hatten. In diesem Jahre erhob Baselstadt Einsprache gegen ein von Privaten eingereichtes Konzessionsbegehren für Bau und Betrieb von Straßenbahnen auf seinem Territorium und ließ sich zu Händen des Kantons vom Bunde die Konzession für Tramabahn in den Straßen der Stadt Basel erteilen. Bis jetzt ist die Hauptverkehrslinie vom Zentralbahnhof zum badischen Bahnhof in einer Länge von 2777 Meter erstellt. Das Rechnungsergebnis des ersten Betriebsjahres ist so günstig, daß der kommunale Betrieb städtischer Verkehrsmittel auch andernorts ins Auge gefaßt werden dürfte; denn die Macht des guten Beispiels ist auch auf diesem Gebiet sehr groß.

Die Stadt Zürich vor allen, wollte nicht hinter ihrer Schwesterstadt am Rhein zurückbleiben. Auf Grund freier Vereinbarung zwischen der Stadt Zürich und den Züricher Straßenbahnen kam es zu einem Vertrage, wonach die Bahn mit ihren gesamten Anlagen und festen Einrichtungen samt Betriebskapital und Gerätschaften auf 31. Dezember 1896 für 1 750 000 Franken an die Stadt übergehen soll. Rückkauf auf Grund der Konzessionsbestimmungen hätte für die Stadt ca. 2 175 000 Franken erfordert. Selbstverständlich wäre dadurch der Gewinn der Aktionäre bedeutend erhöht worden. Dies wäre aber ganz unangebracht gewesen, da die Aktionäre schon bei dem freihändigen Verkauf einen Liquidationsgewinn von 570 Franken per Aktie erzielten, nachdem sie vorher einen durchschnittlichen Jahresertrag von 7,5 Prozent eingetauscht hatten. Die zähen und langwierigen Verhandlungen, die diesem Rückkauf vorangingen, lassen darauf schließen, daß bei den wenigsten Straßenbahnen der Rückkauf vor dem 1. Mai 1915 erfolgen kann.

Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll: ob den Leichtsin, mit dem die Stadtväter öffentliche Straßen fast bedingungslos und kostenfrei der privaten Ausbeutung überließen, oder die Klugheit, mit denen die Bahnverwaltungen strenger lautende Rückkaufsbestimmungen illusorisch zu machen wissen.

Andererseits gestalten sich die Verhältnisse bei neuen Unternehmungen dieser Art. Einerseits drängt die Erkenntnis, daß auch die vorzüglichsten Bestimmungen über den Rückkauf ein zweischneidiges Schwert sind, unbedingt zum Bau und Betrieb der städtischen Verkehrsmittel durch die Gemeinden. Andererseits erheben die Sozialdemokraten für derartige Projekte eine so mächtige Stimme, daß die Stadtverwaltungen, die bei uns vom Volke gewählt werden, sich nicht gegen den Zug der Zeit zu stemmen wagen und meistens, mehr dem äußeren Zwang gehorchend als dem inneren Trieb, ihr Ja und Amen zum städtischen Regiebetrieb geben. So hat die Stadt St. Gallen, als dritte im Bunde, den Wurf gewagt und gegen Ende des letzten Jahres beschlossen, die zu handelnde elektrische Straßenbahn in städtische Regie zu nehmen.

Es ist somit noch ein sehr beschränktes

Gebiet, auf das sich der kommunale Gewerbebetrieb bei uns erstreckt. Die günstigen Erfahrungen, die man damit gemacht, trösteten nicht über die Klagen der privaten Unternehmer hinweg, die sich in ihrem Erwerb in mannigfacher Beziehung für geschädigt erklären. Wir glauben ihren Klagen fast aufs Wort und begreifen, daß ihnen der kommunale Gewerbebetrieb in mehr als einer Beziehung schwer auf dem Herzen liegt. Die Vorzüge einheitlichen Großbetriebes, der neben dem öffentlichen Interesse auch einem finanziellen zu dienen berufen ist, treten hier vortrefflich zu Tage. Zudem ist der monopolistischen Ausbeutung seitens der Gemeinden durch städtisches Referendum und Initiativrecht für alle Zeiten ein Niegel vorgeschoben. Das ist der Unternehmerschaft ein Dorn im Auge; denn sie fürchtet die Konsequenzen dieser günstigen Erfahrungen und schauen das rote Gespenst von allen Seiten. Die Besserstellung der Arbeiter im städtischen Gewerbebetrieb ist ihnen das schrecklichste der Schrecken. So hat die Einführung des Zehnstundentages für die dem Baudepartement des Kantons Baselstadt unterstellten Arbeiter bei den Unternehmern Unwillen erweckt. Mit dem gleichen Gefühl registrierten die Unternehmer den Beschluß des Stadtrathes von Winterthur, betreffend Maximalarbeitszeit und Minimalarbeitslohn der städtischen Arbeiter. Hier bedrängt sie der Minimallohn von 4 Franken für regelmäßig beschäftigte Arbeiter noch viel mehr als der Zehnstundentag. Bedeutet ja dieser Minimallohn eine Erhöhung des Lohnsatzes um 33 Prozent, welche Thatsache in den Unternehmern die Befürchtung aufkommen läßt, daß dadurch nicht nur die Löhne aller ungelerten Arbeiter, sondern auch die der qualifizierten Arbeiter in die Höhe schnellen werden.

Die Ausdehnung des kommunalen Gewerbebetriebes ist somit auch für die Arbeitererschaft ein wesentliches Moment zur Erringung besserer Lebensverhältnisse. In den städtischen Behörden pflegt die Arbeitererschaft besser vertreten zu sein, als in den Räten der Kantone und des Bundes. In Zürich, Basel, Bern zc. haben dieselben der Arbeitererschaft verschiedene Erfolge zu erzielen gewußt, die in ihrer vorbildlichen Bedeutung nicht hoch genug gewürdigt werden können. Aus diesen Gründen ist die Ausdehnung kommunalen Gewerbebetriebes bloß noch eine Frage der Zeit. Ist auch das Projekt einer Gemeinde-Uhrenfabrik in Grenchen zu Wasser geworden, so wird der Gedanke von kommunalen Fabriken doch bald zur Verwirklichung kommen.

Ein Programm für die Thätigkeit der Gewerkschaften

hat Dr. Quard in einer öffentlichen Versammlung der Frankfurter Gewerkschaften entwickelt. Zur Diskussion standen die Verhandlungen und Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses, mit denen sich die meisten Redner nicht einverstanden erklären konnten. Dr. Quard erklärte, man müsse nach dem Grund für die wenig befriedigenden Ergebnisse des Kongresses suchen. Er sehe ihn darin, daß die Gewerkschaften sich seither im Wesentlichen darauf beschränkt hätten, das Unterstützungswejen und Streikangelegenheiten zu regeln. Die Gewerkschaften müssen aber darüber hinaus eine weitergreifende Thätigkeit entfalten und vor Allem an den sozialpolitischen Gesetzgebungsfragen Antheil nehmen. Es müßte daher ein gewisser Maßstab an die Gewerkschaften ergehen, und Bestimmungen müssen formuliert werden, welche gleichsam als Programm für die nächste Zukunft gelten sollen. Solche Punkte sind:

1. Die Gewerkschaftsbewegung hat den Zweck, die wirtschaftliche Lage des

Arbeiters bereits unter der heutigen Gesellschaftsordnung nach Möglichkeit zu verbessern. Die gewerkschaftlichen Mittel zu dieser Verbesserung waren früher fast ausschließlich Kassenrückstellungen und Lohnkämpfe. Seitdem sich jedoch der Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern immer schärfer zuspitzt, hat die einseitigen noch herrschende Unternehmer-Klasse stellenweise nicht ohne Erfolg versucht, durch die staatliche Gesetzgebung und die einseitigste Handhabung eines mangelhaften Vereins- und Versammlungsrechts jene gewerkschaftlichen Mittel in den Händen der Arbeiter untauglich zu machen. Gleichzeitig aber ist es durch den Druck von unten doch gelungen, einen noch wirksameren Schutz als den bloß gewerkschaftlichen durch einzelne Arbeiterschutzgesetze, durch die Gewerbegerichte, die Gewerbeinspektion und ähnliche gesetzliche Einrichtungen für die Arbeiter zu erzielen.

2. Es ist deshalb eine auf die Dauer unabwendbare Pflicht der Gewerkschaftsbewegung, sich auf das Eingehendste auch mit der Sozialgesetzgebung zu befassen. Dies ist an vielen Stellen bereits geschehen, kann aber noch viel kräftiger geschehen, um die Erfahrungen der einzelnen Berufe in größerem Maßstabe als bisher für den Arbeiterschutz, die Gewerbeinspektion, die Arbeiterversicherung und Ähnliches fruchtbar zu machen. Besonders dringend erscheint die Aufgabe, größere Kraft auf diese Tätigkeit zu verwenden und mehr Einheitlichkeit in dieselbe zu bringen, deshalb, weil die großen und kleinen Berufsorganisationen der Unternehmer (Industrieverbände, Innungen, Gewerbevereine, Handels- und Gewerbekammern) die Sozialgesetzgebung auf das Sorgfältigste vorzubereiten und dauernd zu beeinflussen pflegen, während die systematische Vorberatung und Kontrolle durch die Arbeiter noch außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt.

3. Wenn nun Gesetzgebung und Behörden den Unternehmerorganisationen diese Tätigkeit in umfassendstem Maße gestatten, dagegen die Arbeiterorganisationen namentlich in Preußen, Sachsen und Bayern mehrfach wegen genau derselben Tätigkeit verfolgt und unterdrückt, so ist dagegen als einseitigster Vergewaltigung energig Protest zu erheben, aber es liegt kein Grund vor, sich auf diesen Protest zu beschränken. Es entspricht vielmehr der Ueberlieferung und den Tendenzen der klassenbewußten Arbeiterbewegung, nach neuen Mitteln und Wegen zur Erreichung ihrer neuen Ziele zu suchen und nicht, wie es bedauerlicherweise auf dem letzten Berliner Gewerkschaftskongreß geschehen ist, die Behandlung der Sozialgesetzgebung einfach aus Scheu vor dem polizeilichen Einschreiten abzulehnen. Die künstliche Ausschließung der Gesetzgebungsfragen würde sonst zur Versumpfung der Gewerkschaftsbewegung führen.

4. Die gewerkschaftliche Bewegung hat sich zu diesen Zwecken auch bereits neue Mittel geschaffen. Solche sind: Die Vorberatung und Besprechung gesetzgeberischer Vorschläge und staatlicher Sozialeinrichtungen in allgemeinen öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen oder speziellen öffentlichen Branchenversammlungen; Verheiligung an den Wahlen für staatliche Stellen, für Gewerbegerichte, Einsetzung von Beschwerdekommis-sionen für die Gewerbeinspektion, Vorberatung gesetzgeberischer Maßnahmen gegen das Schweißsystem in einzelnen Branchen, sowie örtliche Gewerkschaftskartelle. Die Einheitlichkeit, welche dieser Bewegung jedoch noch fehlt, ist am besten dadurch zu erreichen, daß die Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaftskartelle, sowie die Vertrauensmänner der einzelnen Branchen mehr Fühlung und Verbindung mit einander zu erhalten suchen und darauf hinarbeiten, daß künftig in bestimm-

ten Zwischenräumen neben dem Kongreß der Gewerkschaften regelmäßig ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß stattfindet, welcher von öffentlich gewählten Delegierten besetzt ist und die Stellung der Arbeiter zu den einzelnen Fragen der Sozialgesetzgebung einheitlicher als bisher regelt."

Wir erklären uns gegen dieses neue Programm für die Gewerkschaften, nicht weil wir dasselbe inhaltlich nicht billigen, sondern weil es nach Lage der deutschen Gesetzgebung den Gewerkschaften unmöglich ist, Politik zu treiben. Gen. Dr. Duard will zwar nicht, wie die Generalkommission, daß sich ein Kongreß aus Delegierten der Verbände, sondern aus Vertretern, die in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen gewählt sind, mit den von ihm betonten Punkten beschäftigen, allein für die Polizei ist das gleichbedeutend. Wenigstens ist der Nürnberger Ortsverein des Deutschen Schneiderverbandes aufgelöst worden, weil öffentliche Schneiderversammlungen sich mit "Politik" (Betriebswerkstätten, Hausindustrie) beschäftigten. Die Polizei bezugte: das seien Vereinsversammlungen gewesen. Sollen wir den Polizeibehörden wirklich die Aufhebungsmotive gewissermaßen auf dem Präsentierteller entgegenbringen? Wir sehen dazu keine Notwendigkeit.

Und herrscht denn wirklich über die aufgeworfenen Fragen eine so große Meinungsverschiedenheit, daß man besondere Kongresse zu ihrem Ausgleich nötig hätte? In Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung ist heute noch die Pariser Resolution maßgebend. Und was in Bezug hierauf für Deutschland zunächst zu thun, das zu beschließen ist unseres Erachtens die nächste Stelle der sozialdemokratischen Parteitag. Wer glaubt, daß die sozialdemokratische Partei resp. die Reichstagsfraktion in puncto Arbeiterschutz nicht genug thut, möge seinen Einfluß aufbieten, daß mehr geschieht. Es sitzen ja sogar mehrere Gewerkschaftsführer in der Fraktion.

Wir beschränken uns auf diese wenigen Bemerkungen und fügen nur den Wunsch noch an, daß man den Gewerkschaften doch endlich Zeit lassen möge, sich auf sich selbst zu besinnen. Denn vor lauter Erörterungen darüber: „was zu thun sei, um die Gewerkschaften zu heben“ geschieht häufig gar nichts, wird das, was die Gewerkschaften wirklich vorwärts bringt, die Agitation und Organisation, vernachlässigt. Was haben alle Erörterungen der letzten Jahre, von Halle bis Köln und noch später ge-fruchtet? Nichts! Die Gewerkschaften sind dadurch nicht stärker geworden. Dagegen haben die letzten 2 Jahre mit der besseren Geschäftskonjunktur auch einen Aufschwung der Gewerkschaften gebracht; hat doch der Deutsche Metallarbeiter-Verband in diesem Jahre schon an 9 bis 10 000 neue Mitglieder gewonnen. Was gewiß kein Zeichen von „Versumpfung“ ist. Wir schließen:

Agitiert! Organisiert!

Der internationale Sozialisten- und Gewerkschafts-Kongreß in London

ist durch eine Friedensdemonstration im Hydepark eingeleitet worden. Der Demonstration zug, welcher am 26. Juli von Thomsen (Thames-Embarkament) nach dem Hyde-park sich bewegte, war eingeteilt wie folgt: An der Spitze zogen zwanzig bewaffnete Schutze, dann die Musik, das Organisationskomitee des Kongresses und dessen Unterdelegation, ferner die englischen und ausländischen Kongreßdelegierten, hinter ihnen die englischen Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen. Den Schluß dieses unüber-sehbaren Zuges bildeten die sozialistischen Radfahrer. Um 3 1/2 Uhr gruppieren sich die Demonstranten im Hydepark um die zwölf Tribünen, auf denen die hervorragenden Redner der verschiedenen Nationen Platz nahmen, um von da zu der Menge zu sprechen, welche auf 100 000 Personen ge-

schätzt wird. Mit stürmischem Jubel wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Dieses internationale Arbeitermeeting, in der Erkenntnis, daß der Friede zwischen den Nationen die wesentliche Grundbedingung ist der internationalen Verbesserung und des Fortschritts der Menschheit, und in der Ueberzeugung, daß die Kriege nicht von den Vätern der Erde gewünscht, sondern von der Habgier und Selbstsucht der herrschenden und privilegierten Klassen in der ausschließlichen Absicht herbeigeführt werden, in ihrem eigenen Interesse und entgegen allen wirklichen Interessen der Arbeiter die Herrschaft über die Märkte der Welt zu erlangen, erklärt hiermit, daß zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten absolut kein Streit besteht, daß ihr einziger gemeinsamer Feind die Klasse der Kapitalisten und Grundbesitzer ist, und daß der einzige Weg zur Verhinderung von Kriegen und zur Sicherung des Friedens die Beseitigung des Gesellschafts-systems, des Kapitalismus und der Boden-herrschaft ist, in dem die Kriege ihre Wurzel haben. Es verpflichtet sich daher, für dasjenige Mittel zu arbeiten, wodurch allein jenes System gestürzt werden kann: die Sozialisierung der Mittel der Produktion, der Verteilung und des Anstausches. Es erklärt ferner, daß bis dieses erreicht worden, jeder zwischen Nationen entstehende Streit durch Schiedspruch statt durch brutale Gewalt der Waffen entschieden werden soll.“

Das Meeting erklärt, daß die Festsetzung eines internationalen Achthundentages für Arbeiter der nächst zu erzielende Schritt ist auf dem Wege zur endlichen Befreiung der Arbeiter und macht den Regierungen aller Länder gegenüber dringend die Nothwendigkeit geltend, den achtstündigen Arbeitstag durch Gesetz sicher zu stellen.

In Erwägung, daß die arbeitenden Klassen ihre ökonomische und soziale Befreiung nur durch Besitzergreifung der heute in den Händen der Kapitalistenklasse befindlichen politischen Maschinerie erlangen können, und in Erwägung, daß in allen Ländern Tausende von Arbeitern und sämtliche Arbeiterinnen gegenwärtig kein Stimmrecht haben, und sich nicht politisch betheiligen können, erklärt sich diese Massenversammlung von Arbeitern für das allgemeine Stimmrecht aller Erwachsenen, und verpflichtet es sich, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um dasselbe zu erlangen.“

Da die für den Kongreß bestimmt gewesene „St. Martins-Hall“ sich als zu klein erwies, indem ca. 800 Delegierte am Kongreß Theil nahmen, wurde vom Organisations-Komitee die „Queenshall“ für 4000 ab gemietet. Am 27. Juli traten die Delegierten zur ersten gemeinschaftlichen Sitzung zusammen, nachdem vorher die einzelnen Nationalitäten sich in Sonderzusammenkünften ihre Organisation für den Kongreß gegeben hatten. Der Leiter der größten Gewerkschaft Englands, der Kohlenarbeiter, Cowley, welcher zugleich Vorsitzender des parlamentarischen Komitees der Trades Unions ist und schon 35 Jahre in der Gewerkschaftsbewegung steht, eröffnete den Kongreß mit längerer Ansprache, an deren Schluß er im Namen der englischen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften die Delegierten sämtlicher Nationen des Kontinents willkommen heißt und betont, daß die englischen Arbeiter die ausländischen Delegierten als Brüder betrachten und als Brüder aufnehmen. Hierauf erfolgten Ansprachen von Vertretern der großen Nationalitäten. Bei Festsetzung der Geschäftsordnung, welche entsprechend der beim Züricher Kongreß angenommenen Resolution, alle diejenigen Organisationen vom Kongreß ausschließt, die die Nothwendigkeit der Organisation der Arbeiter und der politischen Aktion nicht anerkennen wollen, machten die anwesenden Anarchisten einen solchen Lärm, daß der Vorsitzende Cowley die Sitzung vertagen mußte.

Am zweiten Tage führte Singer (Deutschland) den Vorsitz. Es wird nach erneuter Debatte über den zrittigen Punkt beschloffen, die Anarchisten auszuschließen; dafür stimmten 18 Nationen, dagegen 2; eine (Italien) enthielt sich der Abstimmung. Die Mandatprüfungen am zweiten und dritten Sitzungstag ergaben: für Deutschland 46 gültig, 6 ungültig; England 475 gültig, 1 ungültig; Belgien 19 gültig; Amerika 6 gültig; Schweiz 12 gültig, 2 ungültig; Frankreich 123 gültig; außerdem hat England 8 Delegierte, Bulgarien 4, Rumänien 1 Delegierte; Polen 13 gültig, 1 ungültig; Oesterreich 7 gültig; Dänemark 7, Schweden 2, Italien 10 gültig; Spanien 6 gültig, 2 ungültig; Holland 13 gültig.

In der Zwischenzeit der Tagungen arbeiteten die Kommissionen für die einzelnen Tagesordnungspunkte und konnten hierdurch vom Kongreß rascher Beschlüsse fassen. Die folgende Resolution zur Agrarfrage fand Annahme:

„Die Mißstände, welche die kapitalistische Ausbeutung der Landwirtschaft für die Bewohner des Bodens wie für die gesamte Gesellschaft in stets steigendem Maße her-

vorruft, können ihre endgiltige und vollkommene Beseitigung nur in einer Gesellschaft finden, in der der Grund und Boden gleich den übrigen Produktionsmitteln in Gemeineigentum verwandelt ist, welches die Gesellschaft im Gemeininteresse auf das rationellste bewirtschaften läßt.“

Die Grundeigentumsverhältnisse und die Schelbung der Schichten der Landbevölkerung in den einzelnen Ländern sind jedoch zu verschieden, als daß es möglich wäre, eine für die Arbeiterparteien aller Länder bindende Regel aufzustellen in Bezug auf die Mittel, die zu diesem Ziele führen und in Bezug auf die Schichten der Landbevölkerung, die dafür zu interessieren sind.

Dagegen aber ist es für jede Arbeiterpartei die erste und wichtigste agrarpolitische Aufgabe, das Landproletariat in seinem Klassenkampf gegen seine Ausbeuter zu organisieren.

Ausgehend von diesen Grundzügen überläßt es der Kongreß jeder Nation, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles die Taktik und die Mittel festzusetzen, die der Eigenart ihres Landes am besten entsprechen.

Der Kongreß erklärt es für wünschenswert, daß in jenen Ländern, in denen von den Arbeiterparteien Kommissionen zum Studium der Agrarfrage eingerichtet sind oder eingerichtet werden, diese Kommissionen einander bei ihren Arbeiten durch Zuweisung und Austausch von Material usw. unterstützen.“

Eine Resolution, einem englischen Richter die Verachtung des Kongresses auszudrücken und ihn der Lächerlichkeit zu überliefern, weil er in einem Prozesse gegen streikende Arbeiter die Erklärung abgegeben habe, die Kraft und Stärke, welche die Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Vereinigung zögen, sei die Kraft von wilden Bestien, wird unter Jubel einstimmig angenommen.

Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Die politische Aktion, verlassen ein Theil der holländischen Delegierten den Kongreß, weil sie der Meinung sind, daß die ökonomischen Grundlagen der alten Internationalen mehr und mehr verlassen und in rein parlamentarische verwandelt werden. Die Kommission beantragt als Ergebnis ihrer sieben Sitzungen über die Frage der politischen Aktion folgende fünf Resolutionen:

Resolution I. Dieser Kongreß verheißt unter politischer Aktion alle Formen des organisierten Kampfes zur Eroberung der politischen Macht und die Ausnützung der Gesetzgebungs- und Verwaltungs-einrichtungen in Staat und Gemeinde durch die Arbeiterklasse zum Zwecke ihrer Emanzipation.

Resolution II. Der Kongreß erklärt, daß das wichtigste Mittel zum Zweck der Emanzipation der Arbeiter als Menschen und Bürger und der Wurfichtung der internationalen sozialistischen Republik die Eroberung der politischen Macht ist und er fordert die Arbeiter aller Länder auf, sich zu vereinigen und unabhängig von allen bürgerlichen Parteien zu fordern:

1. Das allgemeine Stimmrecht für alle Erwachsenen;
2. das gleiche Stimmrecht für jeden Erwachsenen;
3. die Stichwahl;
4. Initiative und Referendum in Staat und Gemeinde.

Resolution III. Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jeden Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militarischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Ueberwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.

Resolution IV. Der Kongreß erklärt, daß die Emanzipation der Frau untrennbar ist von der Befreiung der Arbeiterklasse, und fordert darum die Frauen in allen Ländern auf, Seite an Seite mit den Arbeitern zu kämpfen und sich mit ihnen gemeinsam politisch zu organisieren.

Resolution V. Der Kongreß erklärt: Was immer die religiösen oder zivilisatorischen Vorwände der Kolonialpolitik sein mögen, sie hat stets nur die Erweiterung des Gebietes der kapitalistischen Ausbeutung im ausschließlichen Interesse der Kapitalistenklasse zum Zweck. —

Diese Resolutionen werden nahezu einstimmig angenommen, nur der kleine Theil der mit Gewerkschaftsmandaten zugelassenen Anarchisten stimmen dagegen.

In der siebenten Sitzung, am 31. Juli, fand die Organisationsfrage zur Verhandlung, wobei folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen wurde:

1. a) Der Kongreß beschließt, daß ein Versuch gemacht werde, ein ländiges internationales Bureau mit einem verantwortlichen Sekretär zu errichten, welches seinen Sitz in dem hierzu passendsten Lande in Europa haben sollte.

b) Ein kleines Komitee wird von diesem Kongress ernannt mit dem Auftrag, dem nächsten Internationalen Kongress Vorschläge zur Ausarbeitung des in § 1 Gewünschten zu unterbreiten.

c) Dieses Komitee soll berechtigt sein, als provisorisches Komitee zu handeln. Jede Nation, welche in ihm nicht vertreten ist, hat das Recht, einen Vertreter bis zum nächsten Kongress zu entsenden.

II. Der Kongress anerkennt die wachsende Notwendigkeit internationaler wirtschaftlicher Information. Er ersucht deshalb alle Nationen, ihren ganzen Einfluss anzuwenden, um die Beschlüsse des Brüsseler und Züricher Kongresses, betreffend die Errichtung eines internationalen Informationsbureaus, zur Ausführung zu bringen.

III. Angesichts der starken Einwanderung nach Amerika, welche dem Kapital die Gelegenheit verschafft, die Löhne zu reduzieren und den Widerstand der Arbeiter zu unterdrücken, angeführt ferner, daß viele der Einwanderer früher mit der Arbeiterbewegung ihres Landes in Verbindung standen, in Amerika jedoch (größtenteils aus Unkenntnis) sich der Bewegung nicht anschließen und somit der internationalen Bewegung verloren gehen, empfiehlt der Kongress, eine Einrichtung zu treffen, durch welche in den europäischen Häfen und auf Auswandererschiffen Schriften verteilt werden mit Informationen über die amerikanische Bewegung, und welche Anleitung für sozialistische Agitatoren gibt, wie dieselben am besten ihre Landsleute in Amerika organisieren können.

Ferner wird bestimmt, daß der Sitz des ständigen Internationalen Bureaus London sein soll.

Die Kommission, welche die Frage zu prüfen hatte, legt dem Kongress die Ergebnisse ihrer Arbeit in folgender Resolution vor:

„Die Hauptursache der Kriege sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die religiösen oder nationalen, sondern die wirtschaftlichen Gegensätze der besitzenden Klasse in den verschiedenen Ländern. Die sie Leben und Gesundheit der Arbeiter unablässig auf dem Schlachtfeld der Arbeit opfert, trägt sie auch keine Schen, deren Blut fließen zu lassen, um durch Eroberung neuer Absatzgebiete sich neuen Gewinn zu verschaffen.“

Die arbeitende Klasse aller Länder hat daher die Aufgabe, dieser Vergewaltigung durch die Kriege genau so entgegenzutreten, wie jeder anderen Vergewaltigung, die von der besitzenden Klasse gegen sie verübt wird. Zu diesem Zwecke muß sie die politische Macht erringen, um die kapitalistische Produktionsweise zu beenden und den Regierungen, den Werkzeugen der kapitalistischen Klasse, gleichzeitig in allen Ländern die Mittel zu verweigern, die zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes dienen.

Die stehenden Heere, durch welche die Völker schon im Frieden ausgezogen und deren Kosten auf die arbeitende Klasse abgewälzt werden, vermehren überdies nicht nur die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße zwischen den Nationen, sondern dienen gleichzeitig zur immer brutaler werdenden Unterdrückung der Arbeiterklasse aller Länder. Deshalb verhält auch erfolglos der Ruf: „Die Waffen nieder!“ wie jeder andere Appell an das Humanitätsgefühl der Kapitalistenklasse.

Nur die Arbeiterklasse kann ernstlich den Willen haben und sich die Macht erringen, den Weltfrieden zu schaffen. Deshalb fordert sie:

- 1. Gleichzeitige Abschaffung der stehenden Heere in allen Staaten und Einführung der Volkswaffenung.
2. Einrichtung von Schlichtungsgerichten, welche Streitigkeiten zwischen den Völkern friedlich zu schlichten haben.
3. Endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden direkt durch das Volk für den Fall, daß die Regierungen nicht die Entscheidung des Schlichtungsgerichts annehmen, und sie trotzdem gegen die Abschließung geheimer Staatsverträge.

Die Verwirklichung dieser Forderungen ist aber, wie jede ernsthafte, zu Gunsten der Arbeiterklasse erhobene, nur dann zu erreichen, wenn sie sich machgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung erringt und durch Anschluß an den internationalen Sozialismus die wahre Verbrüderung der Völker herbeiführt.“

(Schluß folgt)

nicht abgerechnet haben, dies umgehend zu thun, andernfalls wir deren Namen so lange veröffentlicht werden, bis die Abrechnung erfolgt ist.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
Nr. 13186 des Feilenhauers Otto Schreiber, geb. zu Sieblingen am 23. August 1870.
84696 des ? Max Gerold, geb. zu Frankenberg am 28. Septbr. 1871 (Buch nebst Papieren ist dem Inhaber in Hamburg gestohlen worden).
90138 des Dreheers Emil Ahrens, geb. zu Rostock am 6. März 1872.
121008 des Klempners Hugo Meyer, geb. zu Grimmlingshausen am 21. März 1878.
123045 des Metallschleifers Max Haschelt, geb. zu Orlowen am 30. Juli 1878.
123469 des Schmelzers August Gilmeyer, geb. zu Schildersche am 14. Mai 1878.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts auf Antrag einiger Mitglieder in Großschönau wegen Streikbruchs die Metallschleifer:
Hermann Linke, geb. zu Großschönau am 21. Oktober 1872, S. Nr. 109 692;
Andreas Marešch, geb. in Wien am 17. Mai 1852, S. Nr. 121 972; und
Meinhold Richter, geb. in Smorzan am 29. Juni 1863, S. Nr. 121 974.

Gewarnt wird seitens der Verwaltung Nürnberg, Sektion der Glasener, vor dem aus dem Verband ausgestreuten Glasener Hans Brechtel, geb. zu Pleß am 2. Dez. 1886, Haupt-Nr. 131 301. Ihm wird vorgeworfen ungesetzliche Handlungswiese bei der Vorarbeit und Vorauszängen seiner Nebenkollegen durch sog. „Kassakerei“.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 169, 1.

zu richten, und ist auf dem Paketschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro Juli 1896.

Einnahme: Kassenbestand Ende Juni 3480,02. Von Baden 35. Abrechts 9,15. Alfeld a. d. R. 45,05. Altkontar 250. Altkontar 200. Alt- und Metzgersdorf 162,06. Apenrade 25. Apolda 40. Aplerbeben 50. Aue 28. Auerbach 29. Baruth 138,30. Bergedorf 125. Bernburg 50. Bielefeld, Klempner 38,55. Bochum 77,55. Bockenheim 239,55. Bockenheim 50. Brackwehe 90,08. Brandenburg 600. Braunschweig: Klempner 40, Schlosser 100. Bremen 150. Bremerhaven 200. Breslau: Alg. 200, Klempner 70. Bunsau 50. Burg h. Magdeburg 60. Cannstatt: Alg. 90, Forner 60. Charlottenburg 100. Chemnitz 550. Köln-Lindenthal 25. Göttingen 41,40. Cöpenick 111,05. Cöthen 39,75. Grimmlingshausen 40. Delmenhorst 31,95. Dessau 50. Dillenburg 50. Dresden: 170. Durlach 200. Düren 7,80. Eupel-dorf 100. Eferndorfe 36,50. Ehrenfeld 55,10. Eisenberg 35,34. Elbing, G. S. 10. Gien 100. Göttingen 148,77. Göttingen 42. Götting 23,50. Göttingen 20. Göttingen 58. Göttingen 134,85. Göttingen a. N. 2. Mechaniker 80. Spangler 87,93. Göttingen a. d. O. 70. Freiberg i. Sachl. 70. Götting: Alg. 250, Schläger 130. Göttingen 49,20. Götting 170. Göttingen 40. Göttingen 19,10. Götting 60. Göttingen 19,65. Götting 20. Götting, Schwab. 100. Götting 75,50. Götting 40. Götting 40. Götting 43,90. Göttingen 36,30. Göttingen 40,55. Göttingen 72,65. Götting 82. Götting 52,33. Götting 40. Götting, Schwab. 63,56. Halle, Forner 63. Hamburg: Göttinger 237, Klempner 330,60, Schlosser 200, Werksarbeiter 150. Hameln 30. Hannover 65. Hannover: Mechaniker 44,10, Schmelzer 57,21. Harburg 178,77. Hagenau 50. Heilbrunn 60. Helmstedt 20. Hersbrunn 14,20. Hilberheim 72. Hirsch 40. Jena 50,40. Kattowitzer 20. Kappel 142. Karlsruhe: Alg. 100, Benckhoff 35,50, Klempner 21,60, Schmelzer 50. Kitz: Alg. 33,55, Klempner 33,37. Kitzingen n. L. 31,50. Kitzingen i. N. 60. Kitz 20. Kitzingen a. N. 20. Kitzingen 53,30. Kitzingen 9,60. Leipzig: 200, Ost 150, Süd 40, West 350,76, Klempner 300. Leipzig 24. Leipzig 30. Leipzig, Feilenhauer 53,30. Leipzig 28. Leipzig 300. Leipzig 71,60. Leipzig 137,50. Leipzig 30. Leipzig: Feilenhauer 23,10, Klempner 40. Leipzig 23,10. Leipzig 200, Leipzig 100, Leipzig 243,75. Leipzig 150. Leipzig 30. Leipzig 75,30. Leipzig 75,30. Leipzig 36,83. Leipzig 76,02. Leipzig i. S. 30. Leipzig: Schlosser 300, Spangler 150, Zingler 75,30. Mänschenbrunn 38,05.

Muskau 67,95. Müßbach 35,33. N. Kar-gartach 16. Neumark i. Vgl. 22. Neumark 50. Nordhausen 50. Nürnberg: Alg. 800, Faltner 260, Forner 377,75, Mechaniker 200, Metallgewerbestreife 240, Roth- und Glockengießer 200, Schmiede 400. Oberndorf 30,40. Oberndorf 24,30. Oberndorf 80,74. Oberndorf 60. Oberndorf 13,80. Oberndorf 25. Oberndorf, W. S. 10. Oberndorf 40. Oberndorf, W. S. 10. Oberndorf 43,40. Oberndorf 77,92. Oberndorf 40,28. Oberndorf 12. Oberndorf 32,50. Oberndorf 30. Oberndorf 53,59. Oberndorf 31,30. Oberndorf 47,16. Oberndorf, Mathenow, Brillen- und Vincentzarbeiter 200, Mathenow, Gießschleifer 60. Oberndorf 14,06. Oberndorf i. W. 18. Oberndorf 75. Oberndorf 100. Oberndorf 10. Oberndorf 100. Oberndorf 41,62. Oberndorf 31,30. Oberndorf 125. Oberndorf 28,80. Oberndorf 50. Oberndorf 20,30. Oberndorf i. Bay. 25,86. Oberndorf 23. Oberndorf 12,72. Oberndorf 25,33. Oberndorf 100. Oberndorf 44. Oberndorf 81,70. Oberndorf: Alg. 863,35, Goldschläger 204,84. Oberndorf 60. Oberndorf 30. Oberndorf 100. Oberndorf 25. Oberndorf: Alg. 200, Glas-ner 44, Siebmacher 16,60, Ostheim 90. Oberndorf 11,40. Oberndorf 13,07. Oberndorf 40. Oberndorf 12. Oberndorf 20. Oberndorf 39,35. Oberndorf 62,20. Oberndorf 29,21. Oberndorf, Rhnd. 30. Oberndorf 52,44. Oberndorf 20. Oberndorf 6,16. Oberndorf 40. Oberndorf 63. Oberndorf a. d. Elbe 28. Oberndorf 16,25. Oberndorf 53,45. Oberndorf 233,05. Oberndorf 77,90. Oberndorf 6,55. Oberndorf 40. Oberndorf: Einzelmitglieder der Hauptkasse 220. Sonstige Einnahmen: Für Gesetzbücher 0,60. Protokolle der 2. ordentlichen Generalversammlung 52,20. Mitgliedsbücher 3. Zurückgezählte Schuld von: H. Adam, Bochum 4; J. Dammig, Maderberg 5; J. Dorn, Nürnberg-Gründling 20; F. Frühbrod, Lägerdorf 15; A. Grotz, Mänschenbrunn 10; G. Hühlein, Nürnberg 43,25; H. Möller, Dresden 10; G. Morawski, Jena 8; G. Poppmeier, Schmieding-Doss 15,85; W. Ransdorf, Schwelm 30; J. Rindorf, Witz 17,75; L. Standinger, Nürnberg 15; G. Ullmann, Altkontar 3,20; H. Werner, Wronitz 20; P. Winier, Wormes 4; D. Zabel, Helmstedt 16. Zurückgezählte Gerichtsostenvorschüsse 40,16. Für 1 Kaufmännische 0,90. Sa. 24 749,64.

Ausgabe: Metallarbeiter-Zeitung 7000. Druckarbeiten 709,50. Kaufmännische 19,60. Düntingmarten 121,25. Gehalt der Bureau-branten 450. Hilfsarbeit 240. Kaufmännische an den Hauptkassier 10. Agitation 264. Revision der Hauptkasse 4,50. Revisionen der Verwaltungskassen 14,05. Prozeß- und Anwaltskosten 197,57. Beitrag an die General-konmission 1655,40. Beitrag zur Kranken-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung 11,80. Heizungsmaterial 44,54. Bad- und Schreibe-material 2,40. Bureaureinigung 8. Porto laut Buch 118,89. Sonstige Ausgaben 3,50. Zuschüsse nach: Bamberg 60. Bayreuth 25. Bayreuth 50. Berlin 11. Dresden 1. 3300. Großschönau 1950. Hamburg, Göttinger 600. Jagdstraße 30. Leipzig-Dt 400. Leipzig, Klempner 60. München, Spengler 200. Nürnberg a. M. 100. Pöhlitz 20. Schmiede-feld 60. Stuttgart-Ostheim 50. Ulm 20. Würzburg 30. Summa 18 090,91.

Bilance:
Einnahme 24 749,64
Ausgabe 18 090,91
Kassenbestand 6 658,73.

Die Verwaltungsbeamten werden hierdurch dringend ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und über etwaige Fehler sofort zu berichten. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formen.

Hilberheim. In Folge Maßregelung eines Kollegen haben 38 Formen und Hilfsarbeiter bei der Firma Carl u. Hehl die Arbeit niedergelegt. In Folge dessen wurde in der öffentlichen Metallarbeiterversammlung vom 15. August die Sperre über diese Firma verhängt.

Pfungstadt. Wir fühlen uns hierdurch veranlaßt, die Zustände in der Gießerei Dierckhoff Benz & Co. etwas näher zu beleuchten. Diese Firma hat sich vor einigen Wochen nach Stuttgart an den Hauptvorstand gewandt, um von dort tüchtige Formen zu bekommen. Wir können uns nicht genug wundern, wie genannte Firma für ihre Anwesenheit sich um zivilisierte Arbeiter bewirbt. Aus der Zeitung hat dafür gefordert, daß nach kein einziger Formen auf den Benz'schen Leim gegangen ist. In der Formerei sind 14 Personen beschäftigt, 3 Lehrlinge und 6 Gehilfen. Die Auszubildende wird hier in der raffiniertesten Weise betrieben und sind unter diesen 14 Personen eigentlich nur 3 Mann, welche sich als freie Arbeiter bezeichnen können. Die Lehrlinge bindet sich diese Firma durch einen Vertrag, nach welchem sie nach 3jähriger Lehrzeit noch weitere 2 Jahre in dem Betriebe als Gehilfe arbeiten müssen. Dieser Vertrag ist wohl einer

der raffiniertesten auf diesem Gebiete und wir würden, wenn uns der Raum d. Bl. nicht zu wertvoll wäre, ihn abdrucken lassen. Er umfaßt 11 umfangreiche Paragraphen, in welchem sich die Arbeiter oder Lehrlinge jeder Willkür des Unternehmers unterwerfen müssen. Hat der Lehrling nun seine 3jährige Lehrzeit beendet, so bindet er sich noch vertragsmäßig, wie oben schon gesagt, weiter auf 2 Jahre, da zu arbeiten und heißt es da im Vertrag wörtlich: „Im 4. und 5. Jahre erhält er als Gehilfe einen nach Leistung gebührenden Tagelohn resp. 1100.“ Es sind nun außer 8 Lehrlingen noch 3 solcher Zwangsgesellen beschäftigt. Und wie hoch ist nun der Lohn bei anstrengender Arbeit? Er beträgt im 4. Jahre 18—24 M. in 14 Tagen, im 5. Jahre höchstens 25—35 M. In der Gießerei dauert die Arbeitszeit oft bis in die Nacht hinein, ohne daß eine Ueberstunde bezahlt wird. Im Gegentheil, es kostet noch Strafe, wenn jemand Morgens einige Minuten zu spät kommt. Die Behandlung, namentlich seitens des Herrn Benz, ist eine robuste und Wirtel, wie: „Lumpen“, „Balganden“ und „Fankelzer“ sind durchaus keine Seltenheit, oft, wenn man nur eine Minute zu spät kommt. Das Strafsystem steht ebenfalls in höchster Blüte und wird, wenn Einer sich das Geringste zu schulden kommen läßt, in Anwendung gebracht. Wie viel den Herren an der Auszubildung der Lehrlinge liegt, zeigt schon die Klasse derselben. Ist ja in der Gießerei nicht einmal ein Meister vorhanden. Wir warnen jeden Kollegen vor dieser Bude.

Klempner.

Braunschweig. Die Sektion der Klempner hielt am 11. August eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls sprach sich Kollege Höllein in sehr beifällig aufgenommenem Rede über die australische Arbeiterbewegung aus und hob besonders den 1. Augusttag, sowie die guten Lohnsätze und die Organisation der Arbeiter hervor. Ferner verlas selbiger noch mehrere Paragraphen der Gewerbeordnung und stellte den Antrag, selbige zur Diskussion zu bringen. Ferner kamen wir auf die örtlichen Verhältnisse, z. B. den Minimallohn zu erzielen und etwaige Mißstände abzuschaffen, zu sprechen. Daraufhin wurde von der Versammlung eine Kommission von drei Mann gewählt, welche mit den Innungsmeistern verhandeln soll, worüber in nächster Versammlung Bericht erstattet wird.

Braunschweig. Anruf an die Klempner Braunschweig. Werthe Kollegen! Wir sehen uns genötigt, wieder einmal an Euch heranzutreten mit der Forderung, Eure Interessen gegenüber dem Unternehmertum etwas besser wahrzunehmen, wie Ihr es bisher gethan. Sollte Euch nicht mehr bekannt sein, daß wir im Jahre 1890 einen Mindebstlohn von 30 S per Stunde durch schweren Kampf und ermüden haben? Sollte es nicht in Eurem Interesse liegen, diese durch große Mühe erzielten Vorteile wahrzunehmen? Oder glaubt Ihr, daß das Jahr mit so und so viel Mark weniger die Woche besser auskommt, als wenn Ihr auf Eurem Rechte beständet? Kollegen! Wie wir erfahren haben, werden jetzt bei der Firma Bremer & Brückmann, Nähmaschinenfabrik, wieder fleißig Klempner mit 15 M die Woche eingestellt, auch in mehreren kleinen Buden lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig. So z. B. bei Kufahl, Steinweg, welcher einem Gehilfen 12 M anbietet. Weiter hat bei Julius Gries, Obermeister (!), ein Kollege angeheuert, weil er nur 15 M erhielt. Auch Lederhansen soll einem Kollegen nur 16,50 zahlen. Kollegen! Wir machen Euch darauf aufmerksam, daß es eines jeden Klempnergehilfen Pflicht ist, nicht unter dem 1890 vereinbarten Lohnsatz zu arbeiten. Ferner ist es aber auch eines jeden Unternehmers Pflicht, die getroffenen Vereinbarungen einzuhalten, sofern es ihm nicht gleichgültig ist, ob er wörtlich bindet oder nicht. Nachmal, Kollegen, wacht über Eure Rechte und Interessen! Oder glaubt Ihr, daß Eure Interessen von den „Herren Arbeitgebern“ gewahrt werden sollen? Ein jeder Kollege ist verpflichtet, nicht unter dem vereinbarten Lohnsatz zu arbeiten; es würde aber auch ferner ein jeder Arbeitgeber nur Ehre damit einlegen, wenn er sein einmal gegebenes Wort hielt und seinem Versprechen gemäß nicht unter dem vereinbarten Lohnsatz beglückte. Kollegen, ein Jeder auf seinen Posten, ein Jeder thue seine Pflicht und trete dem Deutschen Metallarbeiterverband bei, denn nur auf diesem Wege werdet Ihr den Ausbeutungsgeistern des Unternehmertums die Spitze bieten können!

Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung aufgenommen. Die Versammlungen finden jeden 2. Dienstag im Monat im „Bayerischen Hof“ statt.

J. A.: Die Agitationskommission der Metallarbeiter Braunschweigs und angrenzende Bezirke.

Hamburg. D. Met.-B. S., Sektion der Klempner Hamburgs. Mitgliederversamm-

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Verwaltungen, um eine schnelle und thätigste Unterstützung der zahlreichen jetzt palmbendenden Kämpfe zu ermöglichen, alle irgend erreichbaren Geldbestände umgehend nach hier einzusenden.

Sobald ersuchen wir diejenigen Verwaltungen, die über die Protokolle von der 2. ordentlichen Generalversammlung noch

lung am 4. Aug. Nach Verlesung des Protokolls wurde die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen, nach welcher die Verbandskasse eine Einnahme von M 828,90 und eine Ausgabe von M 198,30 hatte, bleibt Kassenbestand von M 630,60. Die Ortskasse hatte eine Einnahme von M 677,06, eine Ausgabe von M 338,85, gibt einen Kassenbestand von M 338,21. Nachdem die Abrechnung genehmigt, entstand eine lebhafte Debatte über verschiedene Verhältnisse. Es wurde u. A. erwähnt, daß bei Ludolph & Heyde nicht in der Werkstatt der Lohn bezahlt wird und daß bei Parolowski, Winterhuderweg, überhaupt nur unter Lohn bezahlt würde. Hierauf wurden zum Herbstvergnügen 8 Kollegen in das Festkomitee gewählt. Dann erstattete Birkholz in kurzen Worten den Marktbericht. Hierauf wurde beschlossen, jedem Mitglied der Agitationskommission fünf Mitgliedsbücher und 20 Karten zu verabfolgen. Von dem Ueberfluß der Ortskasse sollen dem Vertrauensmann M 300 und den Weibern in Langenbielau M 38,21 überwiesen werden. Auf Antrag Schauer soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden: „Revisión der Verwaltung“.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, die am 29. Juli im großen Saale der „Arminhallen“ stattfand, behandelte die Tagesordnung: „Die angelegentlichsten Verhältnisse gegen das solidarische Verhalten des Arbeitsvermittlers des hiesigen lokalen Metallarbeiter-Verbandes ausländischen Metallarbeitern gegenüber und die fragliche Verdrängung dieser Angelegenheit aus der Feenpalast-Versammlung vom 22. Juni und der Nr. 30 der „Metallarbeiter-Zeitung“.“ Der Referent Hofmann stellte die vorliegende Angelegenheit folgendermaßen dar: Nach dem Klempnerstreik ließ sich ein Unternehmer vier Klempner aus Wien kommen, die aber, als sie billiger wie die hiesigen Kollegen arbeiten sollten, die Arbeit niederlegten und sich um Erlangung einer neuen Arbeitsstelle an den Nachweis des lokalen Verbandes wandten. Hier wurde ihnen bedeutet, daß sie keine Arbeit erhalten könnten, weil sie nicht Mitglieder des Verbandes seien. Einer der Wiener, Namens Klein, wurde darauf Mitglied, erhielt aber trotzdem keine Arbeit, obgleich an einem Tage vier Klempner verlangt und außer Klein keine Reflektanten anwesend waren. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ habe Litfin diese Thatsachen zwar indirekt zugegeben, aber anders zu deuten versucht. Redner hält dieses Benehmen gegenüber den österreichischen Kollegen für einen Verstoß gegen die internationale Solidarität, der nicht vorkommen sollte. Klempner Klein (ein Ungar), der der deutschen Sprache mächtig geläufig, verurtheilt in scharfen Worten das Verhalten des genannten Arbeitsvermittlers; Derartige sei bei ihnen in Oesterreich gar nicht denkbar und dabei mache Deutschland, speziell Berlin, den Anspruch, die klassenbewußtesten Arbeiter zu haben. Derselbe bestätigt im Allgemeinen die Darstellung Hofmanns. Litfin erklärt, obgleich er für seine Handlungsweise als Arbeitsvermittler nur den Mitgliedern seines Verbandes verantwortlich sei, wäre er doch hier erschienen, um einer Mißdeutung dieser Angelegenheit in der Öffentlichkeit vorzubeugen. Es sei nicht richtig, daß er — wie Hofmann behauptet — in der „Metallarbeiter-Zeitung“ die Thatsache zugegeben haben sollte. Er habe den österreichischen Kollegen, als sie auf dem Arbeitsnachweis erschienen, erklärt, daß der Verband nur an Mitglieder Arbeit ausgeben, daß aber auch selbst, wenn die Kollegen dem Verband beitreten würden, sie innerhalb 13 Wochen noch keine Aussicht auf Arbeit hätten. Das sei nun mal eine Bestimmung des Verbandes. Klein sei trotz dieser Warnung Mitglied geworden, habe auch am 11. Mai Arbeit erhalten, die aber nur acht Tage währte. Als Klein nun wieder auf dem Arbeitsnachweis erschien, wurde zwar ein Bauklempner verkauft, wobei aber Klein nicht berücksichtigt werden konnte, weil er für die vakante Stelle nicht geeignet war. Es sei durchaus unzutreffend, wenn man diesen Vorfall als einen Verstoß gegen die internationale Solidarität hinzustellen wolle. Unter den vorliegenden Verhältnissen hätte Klein, auch wenn er nicht Oesterreicher, sondern Poisdamer wäre, keine Arbeit erhalten können. Man könne auch die österreichischen Kollegen nicht als nach Berlin gelockt und hier gemahregelt ansehen. Als organisierte Arbeiter hätten sie sich vor ihrer Abreise nach Berlin über die hiesigen Verhältnisse unterrichten können. Hofmann habe diese Sache nur herangezogen, um Stoff zu Stänkereien gegen den Berliner Verband zu haben. Litfin erging sich am Schluß seiner Ausführungen beratend in Schimpereien und beleidigenden Ausdrücken, daß zur Geschäftsordnung konstatirt werden müßte, daß sich Arbeitervertreter in Arbeiterversammlungen noch nie eine derartige Höhe gelassen. Hofmann betonte im Laufe der Debatte, es handle sich hier nicht

um eine persönliche Angelegenheit, sondern um einen Uebelstand, der im System liege. Der Lokalverband habe keine Fühlung mit den auswärtigen Kollegen; das sei ein Mißstand, der bekämpft werden müsse. Die Kollegen Goben, Henning, Schlegel, Wächner, Böhm, Traubdorf, Sedlmair, Unkath, Lange und Faber zerlegten die Verlegenheitsausführungen Litfin's bis ins Kleinste und zwar in sachlicher Weise. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung verurtheilt das Verhalten des Arbeitsvermittlers des Berliner Verbandes ausländischen Kollegen gegenüber auf das Entschiedenste und verpflichtet sich, zur Erreichung der internationalen Solidarität den nationalen Zusammenschluß anzustreben.“ Die Festsammlung wurde den freikundigen Klempnern in Wien überwiesen.

Flensburg. Der Ausstand der Arbeiter auf der Flensburger Schiffswerft dauert unverändert fort. Wie uns zu Ohren gekommen ist, sollen mehrere Meister der Werft im Laufe der allernächsten Zeit verschiedene Städte Deutschlands und Dänemarks bereisen, wahrscheinlich um Streikbrecher anzuwerben. Es wird deshalb vor Bezug von Forstern, Schlossern, Drehern, Schmieden, Tischlern, Schiffsbauern zc. dringend gewarnt.

Das Streikkomitee.

Flensburg. Der Metall-Industriellen-Verband ist bereits auch bezüglich der Werftarbeiterstreiks an der Arbeit. Er veranderte eine schwarze Liste; auf dem und zugekommenen Besuche sind 527 Arbeiter der verschiedensten Branchen verzeichnet. Dieses Treiben der Unternehmer müssen die Arbeiter durch thätigste Unterstützung der Streikenden weit machen.

Halle a. S. Bei Fritsch u. Komp., Schürmstr., ist ein Streik ausgebrochen. Verursacht wurde derselbe dadurch, daß die Dreher gezwungen wurden, ganze Nächte durchzuarbeiten. Als sie sich schließlich weigerten, wurde ein Kollege entlassen, die anderen legten daraufhin die Arbeit nieder. Sechs Dreher stehen aus. Die Situation ist sowohl gut, zwei Streikbrecher haben sich gefunden, doch sind es unüberwindliche Kräfte. — Der Streik bei Scheller u. Schreiber dauert unverändert fort. Sieben Streikbrecher haben sich gefunden. Schwarzblecharbeiter bisher noch keine, auf diese kommt es jedoch an.

Hanneln. Am 7. August fand im Lokale des Herrn Kardinal eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche sich mit der Tagesordnung beschäftigte: Wie stellen sich die Klempner Hanneln's zur zehnjährigen Arbeitszeit? Die Kollegen Witz und Weder erklärten die Notwendigkeit der zehnjährigen Arbeitszeit und führten unter anderem aus, daß die Arbeitgeber durchaus keine Nachteile davon hätten, wenn ihnen dies auch nicht einleuchten will. Sei man auf einem Man beschränkt, so könne man sehen, wie alle übrigen Bauhandwerker um 6 Uhr nach Hause gehen, während die Klempner, welche den ganzen Tag großer Gefahr ausgesetzt sind, bis um 7 Uhr arbeiten müssen. Es sind hier im Ganzen acht Klempnermeister, von denen sechs Meister Gefellen beschränkten. In der Versammlung hatte sich Herr Klempnermeister Jakob durch seinen Gesellen vertreten lassen, welcher erklärte, daß sich sein Meister mit den Beschlüssen der Versammlung einverstanden erkläre. Die anderen Arbeitgeber hatten es nicht für notwendig gefunden zu erscheinen, trotzdem sie brieflich eingeladen waren. Herr Klempnermeister Wille hatte es „natürlich“ für notwendig gefunden, sämtliche Meister aufzuwiegen, nur der 10-jährigen Arbeitszeit entgegenzutreten. Auf wiederholte Forderungen der Gehilfen erklärte Meister Wille, er bewillige nichts. Früher hätte man von Morgens 5 Uhr bis Abends 10 Uhr gearbeitet und wäre doch munter und zufrieden gewesen. Die Gehilfen erklärten jedoch, von ihrer Forderung nicht mehr zurücktreten zu können. Nach sei bemerkt, daß die Klempner alle organisiert sind und sich thätigst die Hand reichen. Am Sonnabend Morgen legten die Gehilfen bei Ritter und Wille die Arbeit nieder. Klempnermeister Ritter bewilligte schließlich, so daß bei ihm die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Meister Wille schickte durch den Lehrling den Gehilfen die Papiere in unser Verbandslokal. Durch das feste Zusammenhalten der Klempner Hanneln's und durch die Stütze der Organisation ist im Klempnergewerbe hier die 10-jährige Arbeitszeit (mit Ausnahme bei Wille) eingeführt. Wir bitten den Bezug zu Klempnermeister Wille fern zu halten, möge er selbst von Morgens 5 bis Abends 10 Uhr arbeiten. Er wird ja dabei, wie er behauptet, recht gesund und munter bleiben.

Hamburg. Der D. M. V., Sektion der Werftarbeiter, hielt am 8. August eine Mitgliederversammlung ab. Zum 1. Punkt: Die Strafgelehrten auf den Werften, wurde der Antrag: „Den Punkt zu verlagern und auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Versammlung zu setzen“, angenommen. Bei

„Änneren Vereinsangelegenheiten“, wurde der Kollege Müller als Delegirter zum Gewerkschaftskartell gewählt, da Kollege Siebert den Posten niedergelegt hatte. Hierauf wurde der Antrag: Die Versammlungen durch eine Annonce im „Hamburger Echo“ bekannt zu machen und keine Laufzettel zu verbreiten, angenommen. Ferner wurde der Antrag: „Um die Versammlungen besucht zu machen, wissenschaftliche Vorträge abzuhalten“, angenommen. Sodann wurde beschlossen, 100 M an die streikenden Kollegen in Flensburg zu schicken. Hierauf wurde der Beschluß gefaßt, ein Wintervergütungen abzuhalten, wozu ein Festkomitee von 5 Personen: Sternkohl, Müller, Siebert, Jonkamm und Seberin gewählt wurde. Ferner ist gegen einen Obmann Beschwerde geführt worden. Hierzu wurde der Antrag angenommen: „Dieses dem Vorstand regeln zu lassen.“

Ferrolu. In der am 27. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung der Sektion der Schleifer ergab sich bei der Revision der Kasse, daß ein Defizit von 21,15 M vorhanden war, welches, da von dem Kassirer nicht die nöthigen Belege herbeigeschafft werden konnten, von demselben gedeckt werden muß. — Wir möchten die Schleifer Ferrolu's bitten, sich an den Versammlungen besser zu betheiligen.

Königsberg i. Pr. In der Steinfurth'schen Wagenfabrik ist am 4. August ein Schmiedestreik ausgebrochen. Bezug fernhalten!

Krefeld. Am 3. August fand im Café Nebel eine leider schwach besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Das Referat „Die Verkürzung der Arbeitszeit“ war Kollege Spiegel aus Düsseldorf übertragen, welcher seiner Aufgabe voll und ganz gerecht wurde. Er führte u. A. an, daß gerade hier im Rheinland noch die längste Arbeitszeit vorherrsche, der Lohn hingegen anderen Plätzen noch weit nachstehe. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei eine Hauptaufgabe unserer Gewerkschaften. Der Arbeiter gewohnt dadurch mehr Zeit, seinen geistigen und familiären Interessen zu genügen, wie auch durch genügende Erholung und Ruhe körperlich gestärkter seinem Beruf nachzugehen und dadurch gewissermaßen sein Leben und seine Gesundheit länger zu erhalten. Redner kommt dann darauf zurück, daß zur Erlangung einer kürzeren Arbeitszeit eine kräftige Organisation gehöre und erklärt, daß für die Metallarbeiter der D. M. V. die geeignetste Organisation sei; der D. M. V. stehe auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, welche stets fest und entschlossen die Interessen der Arbeiter vertheidigt und nicht wie andere Organisationen den Arbeiter am Gängelbarte führt oder auf das Jenenseits verweist. — Kollege N. führte alsdann den Anwesenden die Forderungen und Ziele des D. M. V. in kurzen Zügen vor und ermahnte die uns noch Fernstehenden, sich diesem anzuschließen. Kollege Sch. wandte sich dann noch an die Klempner, denen es doch wirklich noch gut gehen müsse resp. ob ihre Interessen von anderer Seite besser vertreten würden, da nur einer dem D. M. V. angehöre. Jedoch konnte er konstatieren, daß bei einer 11- und mehrstündigen Arbeitszeit auch Wochenlöhne von 7,50 M zu verzeichnen seien. Die Klempner Krefeld's mögen sich aufraffen und der modernen Arbeiterbewegung sich anschließen. Zum Schluß wurde Kollege Sch. zum Delegirten in das Gewerkschaftskartell gewählt.

Leipzig. Am 8. August hielten die Metallarbeiter eine öffentliche Versammlung im Saale des „Pantheon“ ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht von der Leipziger Konferenz. 2. Abrechnung des Landesvertrauensmannes, Bezirk Leipzig. 3. Neuwahl der Delegirten des Gewerkschaftskartells. Zum 1. Punkt gab Kollege Förster in kurzen Worten die Beschlüsse kund, welche in Weissen gefaßt worden sind und forderte zuletzt die Kollegen auf, selbige strikte durchzuführen. Zum 2. Punkt gab Kollege Erler Bericht über seine Thätigkeit als Vertrauensmann im Bezirk Leipzig. Selbstiger gab besonders hervor, daß die Kollegen G. Niemann-Ghemitz und Pohle-Dresden sie nicht genug unterstützt haben. Hierauf gab Redner die Abrechnung für die Zeit vom 1. Mai 1895 bis 31. Juli 1896 bekannt. Die Einnahmen betragen 156,68 M, die Ausgaben 231 M, bleibt Kassenbestand 3,08 M. Zur Prüfung der Abrechnung wurden drei Revisoren gewählt, welche in der nächsten stattfindenden Versammlung Bericht zu erstatten haben. Kollege Böhm wurde als Vertrauensmann für den Bezirk Leipzig gewählt. Derselbe wohnt Kreuzstraße 11. Beim 3. Punkt wurden die Kollegen Kunert, Böhm, Blankenfeld, Reimert und Meiß als Delegirte gewählt.

Geldgeber und Gürtler. Hamburg. Die Sektion der Geldgeber zc. hielt am 29. Juli im Lokale des Herrn Pfabe, Hobe Bleichen, eine Mitgliederversammlung ab. Ueber den Stand der Ausübung der Arbeiter der Firma A. Hied Böhm wurde berichtet, daß derselbe für die

Arbeiter günstig zu nennen sei. Es sei der Firma bis jetzt nicht gelungen, nennenswerthe Arbeitskräfte heranzuziehen. Mit den Arbeitern, welche die Firma jetzt beschäftigt, könne es dieselbe auf die Dauer nicht aushalten, die Firma habe mit ihnen mehr Schaden als Nutzen. Zu unterstützen sind noch acht Mann. Die Ausgesprochenen hoffen noch, den Sieg zu erringen, deshalb müsse unter allen Umständen die Sperre aufrecht erhalten werden. Dann wurden die Kollegen ermahnt, auch noch ferner die Ausgesprochenen in jeder Weise zu unterstützen; denn ihr Sieg sei ein Sieg der Organisation. Dann gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die letzte Werkstättendelegirtenversammlung und forderte die Werkstättendelegirten auf, die Sitzungen fleißiger zu besuchen. Wenn sie in Zukunft nicht besser ihre Pflicht erfüllen, dann müßten für die Einnahmen andere gewählt werden. Ein Antrag, in jeder Mitgliederversammlung diejenigen Werkstätten zu verlesen, deren Delegirte in den Sitzungen fehlen, wurde angenommen. Dann wurden nochmals die Komiteemitglieder unseres Sommervergütens aufgefordert, so bald als möglich mit den Karten abzurechnen. Der Vorsitzende beschwerte sich darüber, daß die Arbeitslosenstatistik nicht ordentlich durchgeführt wird. Es seien ihm mehrere Fälle bekannt, daß Verbandsmitglieder außer Arbeit getreten sind, welche die Karten betreffs der Arbeitslosenstatistik nicht ausgefüllt hätten. Die Werkstätten-Delegirten müßten in Zukunft darauf achten, daß die Arbeitslosenstatistik besser durchgeführt werde.

Feilenhauer.

Wien. Feilenarbeiter, Achtung! Arbeitjuchende Feilenarbeiter werden aufmerksam gemacht, daß in Wien ab 1. Sept. 1896 das Umschauen und die Benützung des genossenschaftlichen Arbeitsnachweises verboten ist. Arbeit wird nur im Verbandslokal, V. Kothlgasse 27 nachgewiesen. Für den Zentralvorstand: Joh. Schamböck, Leopold Hermann, Schriftführer. Obmann.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Halt. Auf Seite 64 des Bamberger Protokolls steht vermerkt, daß der Antrag „Proste“: „Ein Beamter der Hauptverwaltung darf nicht Beamter in einer Filiale sein“ gegen 2 Stimmen abgelehnt worden sei. Zur Richtigstellung bemerke ich, daß der Antrag gegen 2 Stimmen angenommen worden ist, wie dieses auch durch Mitteilung an Genossen Ohms (Niel) von Seiten der Schriftführer Abel und Worchwardt bestätigt wird. Dieses gegenüber den vielen Anfragen zur Richtigstellung. E. von der Heyden, Vorsitzender der 8. Sitzung.

Gingefandt.

In dem Bericht über die Agitationstouren der Berliner Agitationskommission für Brandenburg und Pommern meldet der Einsender unter „Guben“, daß, weil der Bevollmächtigte nach ansehnlich verzogen und ihm sämmtliche Briefe „nach seiner neuen Adresse“ nachgesandt wurden, die Kollegen dort keine Kenntnis von dem Vorhaben, in G. eine Versammlung abzuhalten, hatten. Mir war bis zu meiner Abreise von G. (18. Mai d. J.) nichts davon bekannt, daß sich ein Vertreter der Agitationskommission schriftlich angemeldet habe. Verschiedentlich haben wir in Guben darüber gesprochen und dies auch der Agitationskommission mitgeteilt, daß die Kosten für eine öffentliche Versammlung in Guben zum Festher herausgegebenes Geld seien. Jetzt scheint auch der Berichterstatter der Agitationskommission dahintergekommen zu sein. Wäre man in Berlin etwas zurückhaltender gewesen, so hätte der Verband die 15 M Unkosten, welche die 13 Mann (inkl. Polizei und zwei Fremde) starke Versammlung verursachte, sparen können. Ich persönlich muß mich dagegen verwahren, daß durch die eventuelle Aufgabe an meine Adresse nach meiner Abreise von G. der Mißerfolg zu verschulden war. Warte man in Zukunft gefälliger ab, ob die Kollegen in den einzelnen Orten Referenten wünschen, dann gibt es ja leicht keine Mißerfolge!

D. Dürte, Saalfeld.

Bekanntmachung.

Den Kollegen von Leipzig und Magdeburg zur Nachricht, daß Kollege Böhm, Kreuzstraße 11, als Vertrauensmann für den Agitationsbezirk Leipzig in der am 8. August stattfindenden Versammlung gewählt wurde. Es wurden die Kollegen der kleineren Orte falls selbige Referenten brauchen, gebeten, sich rechtzeitig an obige Adresse zu wenden.

Vermischtes.

Ueber die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften... Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von Genosse Legien ausgearbeiteten Bericht für den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London...

Table with 2 columns: Occupation and Membership Count. Includes categories like Bauhandwerker (2073), Berg- und Grubenarb. (447), Bildhauer (228), etc.

Nach einer neuerdings von Dr. Hirsch gemachten Zusammenstellung haben die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften rund 70000 Mitglieder. Seit dem Jahre 1869 beträgt die Gesamt-Einnahme aller Vereine 20 500 000 M., die Ausgabe 10 850 000 M. und der Kassenbestand 2 000 000 M.

Briefkasten.

S., Stuttgart. Abfertigung des „Glück auf!“ in nächster Nummer. Königsberg i. Pr. Zu spät eingetroffen. G. A., Großschönau. Wenden Sie sich direkt an den Verlag des Buches.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Alt- und Krugersdorf. Sonntag, 30. August, im Saale des Freizeitsaals in Ebersbach, 3. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball. Anfang Nachm. 4 Uhr. - Nächster Jahrtag am 6. Septbr.

Alfeld. Sonnabend, 22. August, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Banje. - Sonntag, 23. Aug., Ausflug nach der Lippoldshöhe. Abmarsch Früh 8 Uhr von Banje.

Beiertheim. Samstag, 22. Aug., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung. Entgegennahme der Mitgliedsbücher. - Unser Lokal befindet sich in der Restauration Westermann. In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen.

Braunschw. (Sekt. der Klempner.) Sonnabend, 22. Aug., Versammlung im „Bayerischen Hof“.

Braunschw. (Sekt. der Schlosser und Maschinenbauer u. v. B.) Sonnabend, 22. August, Mitgliederversammlung. Vortrag. - Sonntag, 23. Aug., im „Weißen Hof“, Stiftungsfest.

Cannstatt. (Sektion der Formere.) Sonntag, 23. Aug., Ausflug nach Eßlingen. Abfahrt 1 Uhr 20 Min. Sammlung am Bahnhof.

Ehrenfeld. Sonntag, 23. Aug., Nachm. 5 Uhr, kombinierte Mitgliederversammlung der Jahrestellen von Eßlin und Umgebung bei Eßlin, Bentlerstr. 336, Ehrenfeld.

Frankfurt a. M. (Allg.) Mitgliederversammlung am 22. Aug., Geschäftsliches. Vortrag.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, den 22. Aug., Abds. halb 9 Uhr, im H. Saale des „Ballhof“, Mitgliederversammlung. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und zahlreicher zu erscheinen.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 24. Aug., Abds. halb 9 Uhr, im „Ballhof“, Mitgliederversammlung.

Hamburg. Sonnabend, 22. Aug., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Wwe. Kaiser. Vortrag. Der Streit bei Heinsen & Cie.

Jena. Sonnabend, 22. Aug., Abends halb 9 Uhr, außerordentliche Generalsammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und Kassiers.

Karlsruhe. Sonntag, 22. Aug., Abds. 8 Uhr, im Restaurant Kalbach, Mitgliederversammlung.

Kiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 25. Aug., Abds. 8 Uhr, in den „Benzstrassen“, Alte Reihe 8, Versammlung.

Kier. Sonnabend, 22. August, Mitgliederversammlung. Stiftungsfest bei Hirsch.

Kirnitz. Sonnabend, 22. Aug., Abds. halb 9 Uhr, 2. Stiftungsfest des Gewerkschaftskartells mit Konzert und Tanz im „Waldhaus“. - Die Mitgliederversammlung fällt aus. Die Beiträge werden Sonntag, 23. Aug., Mittags von 11-12 Uhr im Vereinslokal eingezogen. - Die Januarischen Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge an die hiesige Ortsverwaltung einzuliefern. Adresse: G. Schmalen, Zwönigsplatz 3p.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Koblenz. Anhalt der geplanten Partie nach Koblenz findet Sonntag, 30. Aug., in den Räumen des Hotel „Johannesbad“ unser diesjähriges Sommerfest statt, bestehend in Konzert und Ball. Programm à 50 M. wird möglichst vorher bei den Zeitungsträgern und beim Bevollmächtigten zu entnehmen. - Sonntag, 23. Aug., Vormittags 11 Uhr, Besprechung im Hotel „Johannesbad“.

Mürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.). Samstag, 22. August, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Jannertal“. Wohnungswechsel oder Unregelmäßigkeiten im Einlasssen mögen der Verwaltung sofort mitgeteilt werden. - Adresse des Bevollm.: Konrad Brunner, Heynstr. 31.

Northeim. Samstag, den 22. August, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus zum „goldenen Löwen“. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Bericht vom Stuttgarter Gewerkschaftskartell.

Rathenow. (Sektion der Brillen- und Binnenzarb.). Sonnabend, den 22. August, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der „Erholung“. Vortrag. Antrag auf Erhöhung der Entschädigung des Kassiers.

Rathenow. (Sektion der opt. Glaserarbeiter.) Sonnabend, 22. August, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Krüger, gr. Hagensir. 39.

Schwab. Gmünd. Samstag, 22. Aug., Abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal.

Schweinfurt. Samstag, 22. August, Abends 9 Uhr, Versammlung im „Fränkischen Hof“.

Schwerin. Sonnabend, den 22. August, Versammlung. Vortrag. Adresse des Bevollm.: Ernst Winkler, Apothekerstr. 81; des Kassiers: Max Schulze, Behmstr. 611.

Spremberg. Sonnabend, 22. August, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung in P. Dieber's Lokal, Bauhnerstraße. Adresse des Bevollm.: Karl Schaffner, Forsterstraße 5; des Kassiers: Franz Namoth, Forsterstr. 5.

Stettin. J. Sonnabend, 22. Aug., Abends 8 Uhr, bei Hührow, Rosengarten 61, Mitgliederversammlung. Wahl des Kassiers. Die Neuanten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.

Stuttgart. Samstag, 22. Aug., Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“, Saal 11, Abrechnung vom 2. Quartal. Vortrag über Verrechnungskittel.

Witten. Sonntag, 23. August, Ausflug nach dem Hebewerk bei Henrichsburg. Die Versammlung fällt an diesem Tage aus. Dafür Sonntag, 30. August, Vormittags 9 Uhr, Versammlung bei Weissenfeld, Hauptstr. 12.

Wurzen. Sonnabend, 22. Aug., Abends halb 9 Uhr, in „Stadt Wien“. Besprechung und Entscheidung.

Öffentl. Versammlungen.

Bitterfeld. Sonntag, 30. Aug., Nachm. 3 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in „Stadt Berlin“.

Gradow a. D. Sonntag, 23. August, im Lokale des Herrn Stürmer, „Gradowes Schützenhaus“, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege G. Faber-Berlin.

Hamburg. Öffentliche Versammlung der Klempner Hamburgs am Sonntag, 23. Aug., Nachm. 3 Uhr, in der „Leistungshalle“, Gärtnermarkt 35. Vortrag über Arbeitslosigkeit und deren Wirkung. Wie helfen wir dem ab? Referent: Mollenbuhr. Bericht der Agitationskommission. Werkstättenangelegenheiten. Die Kollegen werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Waghu a. A. Sonnabend, 22. August, Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Gasthof zum „Goldstern“.

Anzeigen.

Advertisement for 'Nachruf' (Obituary) for Wilhelm Grauefeld, a member of the 'Johannesbad' union. The text describes his death and offers condolences.

Wir ersuchen alle Kollegen und Ortsverwaltungen, uns die Adresse des Spenglers Karl Paul, geb. am 2. Septbr. 1869 zu Augsburg, B. Nr. 62 581 mitzutheilen und ihn aufzufordern, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltung nachzukommen. Ferner ersuchen wir die Kollegen um Mittheilung der Adresse des Spenglers Johannes Schöner, geb. am 31. August 1874 zu Dresden-Neustadt, B. Nr. 96 065, welcher von hier abreiste, ohne das aus unserer Bibliothek entlehene Buch „Welterschöpfung und Weltuntergang“ abzuliefern. Sekt. der Spengler u. Installateure Frankfurt a. M. Otto Schweißguth, Bevollm., gr. Bodenheimerstr. 52/IV.

Um Mittheilung der Adresse des bisherigen Mitgliedes Joh. W. Seiber, zuletzt in Lübeck, wird wegen Stellung eines Ersatzes ersucht. Ortsverwaltung Tübingen.

Christian Fuchslocher, Former aus Eßlingen, wird ersucht, uns seine Adresse mitzutheilen. Former Recht, zuletzt in Nürnberg, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen uns nachzukommen. Sekt. der Rothgießer etc. Nürnberg.

Der Werkstattkassier zu Gimmua, Former Emil Heineke, geb. am 21. Oktober 1837 zu Ballenstedt, Buch Nr. 34 747, ist abgereist, ohne mit dem Bevollmächtigten in Gölzern abzurechnen. Alle Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden ersucht, denselben dem Bevollmächtigten in Gölzern mitzutheilen.

Ein zuverlässiger Feilenhauer, der jeder Arbeit vorstehen kann, sucht anderweitig dauernde Stellung. Gefl. Offerten sind unter „Deutscher Metallarbeiter-Verband“ an die Restauration Grösch in Hof (Bayern) erbeten.

Gelgießer, welche an der Drehbank und am Schraubstock arbeiten können, finden dauernde Arbeit in der Metallgießerei und Armaturfabrik A. Malling, Rostock i. M.

Feilenhauer für Mittelorten in B und 1/2 S bei hohem Akkordlohn und dauernder Arbeit gesucht. Th. Wildschütz, Feilenfabrik, Düsseldorf, Herderstr. 11.

Ein tüchtiger Feilenhauer kann so gleich auf dauernde Arbeit eintreten. K. Floßbächer, Feilenhauermeister, Alen in Württemberg.

Eine gutgehende Feilenhauererei preiswürdig zu verkaufen. Offerte unter A. S. 10 an die Exped. d. Bl.

In eine Fabrik der Oberpfalz wird ein Maschinenschlosser gesucht, durchaus tüchtig, solid und mit der Konstruktion der Dampfmaschine genau vertraut. Derselbe hätte die Wartung des Kessels, der Dampfmaschine, Transmissionen und elektrischen Beleuchtungsanlage zu übernehmen, die nöthigen Reparaturen und etwaige benötigte technische Artikel auszuführen. Offerten mit Zeugnisabschriften und Angabe der Ansprüche wolle man unter W. S. an die Exped. d. Bl. richten.

Suche sofort einen tüchtigen Stelmacher und Drahtarbeiter bei gutem Lohn und dauernder Stellung. Eintritt sofort, event. auch Reisespesen gewährt.

August Engelhardt, Schleiferei, Sieb-, Draht- und Eisenwarengeschäft, Böbner i. Thür.

Ein tüchtiger Feilenhauer findet dauernde Beschäftigung bei F. Armbruster, Mannheim T 6, 33.

Tücht. Feilenhauer auf Mittel-, Bastard- und kleinere Schliffstufen sucht auf dauernde Arbeit (1888er Henschel'scher Hauptpreis) H. Wildschütz & Co., Düsseldorf-Oberbilk, Höhenstr. 22

Zwei geübte Feilenhauer erhalten dauernde Beschäftigung bei W. Mänken, Hagen i. W., Wittgenstr. 32.

Stomke's Städtebuch für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit farbiger Eisenbahn- u. Wegkarte von Deutschland u. angrenz. Ländern. 356 Seiten Text in Leinen geb. Preis M. 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen od. gegen Einsendung von M. 1,50 auch in Briefmarken. G. Stomke's Verlag, Bielefeld.